Grenzenlos vernetzt 3
Daniel Roleff: Was Deutschland von anderen Ländern lernen kann

Mach dich rar 29
Anne Roth: Wie wir unsere Spuren im Netz verwischen können

Kein Alarmismus bitte! 34
Robin Geiß: Debatte um Cyberwar sollte deeskalierend geführt werden

böll THEMA

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Ausgabe 3, 2012

kommentieren

Beitrag löschen

teilen

Demokratie hinzufügen

Freunde bearbeiten

verfolgen!

gefällt mir

favorisieren

GRENZENLOS VERNETZT

Zensur entfernen

Chancen und Risiken für die Demokratie

Der besondere Tipp

Konferenzen

Agriculture in Transition: Strategien für ökologische und faire Investitionen in der Landwirtschaft
Mi/Do, 16.–17. Januar 2013
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung
In Kooperation mit Oxfam Deutschland, Misereor und Glopolis
Info/Anmeldung: www.boell.de/veranstaltungen

Auto 3.0 – Zukunft der Automobilindustrie
Do/Fr, 31. Januar–1. Februar 2013
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung
Info/Anmeldung: www.boell.de/veranstaltungen

Mobilize! – Menschenrechte. Beteiligung. Aktivismus. Internet
Do/So, 21.–24. März 2013
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung
Info/Anmeldung: ab Frühjahr 2013 unter www.boell.de/veranstaltungen

Economics of the Commons Conference
Mi/Fr, 22.–24. Mai 2013
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung
Info/Anmeldung: ab Frühjahr 2013 unter www.boell.de/veranstaltungen

Publikationen

Nutzen statt Besitzen – Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur
Eine Kurzstudie von Kristin Leismann, Holger Rohn, Martina Schmitt und Carolin Baedeker. Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
Schriften zur Ökologie, Band 27
Berlin 2012, 104 Seiten
www.boell.de/publikationen

Rechtspopulismus in Europa
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit Green European Foundation, Grüne Bildungswerkstatt und Bureau de Helling im planetVerlag
Wien 2012, 222 Seiten, 18,– Euro
www.boell.de/publikationen

Gute Nachrichten!
Wie Frauen und Männer weltweit Kriege beenden und die Umwelt retten.
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und Ute Scheub
Berlin 2012, 176 Seiten
www.boell.de/publikationen

Fleischatlas
Wissenswertes über Fleisch, die Erzeugerindustrie und die Auswirkungen auf Landwirtschaft und Umwelt.
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Erhältlich ab Januar 2013

Der Güterverkehr von morgen – LKWs zwischen Transporteffizienz und Sicherheit
Von Günther Prokop und André Stoller. Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Erhältlich ab Februar 2013

Bestellung und Download der Publikationen unter www.boell.de/publikationen

Dossiers und Blogs

eurocrisis.boellblog.org – englischsprachiges Blog mit Analysen und Beiträgen zur Eurokrise.

klima-der-gerechtigkeit.boellblog.org – das Klimablog von Lili Fuhr, Arne Jungjohann und Georg Kössler.

www.nutzen-statt-besitzen – Beiträge und Best-Practice-Beispiele für eine ressourcenschonendere Konsumkultur.

www.boell.de/Focus on Hungary – englischsprachiges Dossier über die Situation in Ungarn nach der Regierungsübernahme der Rechtspopulisten im Jahr 2010.

Preisverleihungen

Friedensfilmpreis
So, 17. Februar 2013, 18 Uhr
Babylon Mitte
Info: www.boell.de/veranstaltungen

Anne-Klein-Frauenpreis
Fr, 1. März 2013
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung
Info/Anmeldung: www.boell.de/veranstaltungen

Theaterproduktion

Ansichten eines Clowns
Eine Inszenierung des Theaters 89
21./22./27./28./29. Dezember 2012, jeweils 20 Uhr,
Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung
Karten unter 030 282 46 56

Die Stiftung in Sozialen Netzwerken

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in verschiedenen Sozialen Netzwerken aktiv.

Werden Sie Freund oder Freundin der Stiftung auf Facebook unter www.boell.de/facebook, sehen Sie Filme und Videos bei YouTube (www.boell.de/youtube), Bilder bei Flickr (www.flickr.com/photos/boellstiftung), hören Sie unsere Audiofiles (www.soundcloud.com/boellstiftung) oder verfolgen Sie die aktuellen Nachrichten der Stiftung über den Kurznachrichtendienst Twitter unter www.twitter.com/boell_stiftung. Wie immer bieten diese Netzwerke einen Rückkanal, über den Sie mit uns in Kontakt treten können.

Impressum

Herausgeberin
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030–28534–0
F 030–28534–109
E thema@boell.de
W www.boell.de/thema

Redaktion
Elisabeth Schmidt-Landenberger

Redaktionsassistenz
Susanne Dittrich

Mitarbeit
Barbara Unmüßig,
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Art Direktion
Blotto Design, Berlin
www.blottodesign.de

Illustrationen und Umschlag
Martin Nicolausson
www.martinnicolausson.com

Druck
agit-Druck, Berlin

Papier
Inhalt: Envirotop, 100g/m² matt hochweiß, Recyclingpapier aus 100% Altpapier
Umschlag: Recysatin, 200g/m²

Bezugsbedingungen
zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Editorial

Digitale Demokratie: Ein Anfang ist gemacht

Spätestens seitdem das Europäische Parlament im Juli 2012 das Handelsabkommen ACTA abgelehnt hat, ist klar geworden, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der demokratischen Gestaltung des Staates neu gedacht werden muss. Eine internationale, dezentral organisierte Netzgemeinschaft hat zum ersten Mal erfolgreich herkömmliche Entscheidungshierarchien untergraben, und Netzaktivisten, Hacktivisten, Cyber-Utopisten und Mitklicker – sie alle werden in Zukunft bei politischen Verhandlungen mitgedacht werden müssen.

Viele Staaten haben begriffen, dass sie an dieser Entwicklung nicht mehr vorbeikommen. Begriffe wie E-Demokratie, E-Government und E-Partizipation gehören mittlerweile zum politischen Alltag. Regierungen aller Welt überlegen, wie sie Entscheidungsprozesse nicht nur transparenter machen, sondern die Bürgerinnen und Bürger durch das Internet auch stärker an ihnen teilhaben lassen können. Da sind Länder wie Brasilien, die mittlerweile die Geldströme der Gemeinden im Internet offenlegen → S. 28, da ist ein Land wie China, das seine Gesetzesvorhaben ins Netz stellt → S. 26, auch wenn es die Meinung seiner Bürger noch nicht wirklich hören will. Aber der Druck auf die Autoritäten wächst, auch in anderen Ländern.

Inwiefern und inwieweit hat das Internet bisher zur Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse beigetragen? Die Entwicklungen in verschiedenen Staaten stehen ebenso im Fokus dieses *Böll.Themas* wie der Blick auf den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin. Denn noch längst können nicht alle an diesen Prozessen partizipieren: Menschen auf dem Land, Frauen und ältere Menschen haben deutlich weniger Zugang zum Netz, wie die Zahlen selbst für Deutschland dokumentieren → S. 24. Und nicht alle wollen teilhaben: Politikverdrossenheit löst sich durch das Internet nicht in Luft auf. Auch die sogenannte Twitter-Revolution in den arabischen Staaten hat gezeigt, dass Euphorie fehl am Platz ist – weil digitales Engagement die nachhaltige politische Arbeit am Verhandlungstisch und auf der Straße zwar anstoßen und beflügeln, aber nicht so schnell ersetzen kann. Und nicht zuletzt gibt es noch genügend totalitäre Staaten, die ihren Bürgerinnen und Bürgern den freien Zugang zum Netz verwehren – auch mithilfe der Technologie westlicher Unternehmen → S. 32.

Hoffnung machen die vielen kleinen Geschichten der Menschen, denen das Internet eine Stimme gegeben hat, im politischen wie im alltäglichen Leben: Da ist eine simple digitale Karte, die die Lebenssituation Tausender Slumbewohner in Nairobi radikal verbessert hat → S. 16. Da sind die Studierenden in Mexiko, die mit einem kleinen Video auf YouTube erfolgreich gegen die mächtige Propaganda- und Medienmaschine ihre Landes angetreten sind → S. 14. Und da ist die Netzzeitung in Thailand mit ihrer Chefredakteurin Chiranuch Premchaiporn, die trotz Gerichtsverfahren und Verurteilung weiter unbeugsam und kritisch über den Staat berichtet → S. 15.

Auf dem Weg zur digitalen Demokratie? Das war die Kernfrage des letzten *Böll.Themas*. Mit dieser Ausgabe möchten wir an die Frage anknüpfen und die Diskussion für die internationale Perspektive öffnen und vertiefen.

Barbara Unmüßig
Mitglied des Vorstands der Heinrich-Böll-Stiftung

Foto: Ludwig Rauch

Inhalt

→ 14 Protest gegen Medienkorruption in Mexiko

1 **Ein Anfang ist gemacht** — *Editorial von Barbara Unmüßig*

Einleitung

3 **Grenzenlos vernetzt: E-Demokratie und E-Partizipation** — Was Deutschland von anderen Ländern lernen kann. *Von Daniel Roleff*

Debatte

6 **«Die Menschen wollen das Märchen glauben»** — das sagt der Weißrusse Evgeny Morozov über die Chancen des Internets und die digitale Vernetzung von Menschen.

8 **«Es ist eben kein Märchen»** — widerspricht Kirsten Fiedler dem Weißrussen Evgeny Morozov und zählt auf, was Netzaktivisten, Hacktivisten, Cyber-Utopisten und Mitklicker schon alles bewirkt haben.

Digitale Kampagnen

10 **Das ACTA-Abkommen** — Warum seit dem Veto des Europäischen Parlamentes Demokratie neu gedacht werden muss. *Von Klaus Raab*

12 **Die Kony-Kampagne** — Nach Sturm ein laues Lüftchen: über die Selbstheilungskräfte im Netz. *Von Markus Beckedahl*

14 **«Yo soy 132»** — In Mexiko haben Studierende eine Kampagne der Massenmedien enttarnt. *Von Gabriel Medina*

15 **Der Funke springt über** — Die thailändische Netzzeitung Prachatai lehnt sich auf gegen staatliche Zensur und restriktive Gesetze. *Von Marisa Elisa Schlacher*

Digitale Medien und Alltag

16 **Ein weißer Fleck wird bunt** — Kiberia, einer der größten Slums in Afrika, ist jetzt auf einer digitalen Karte erfasst. Sie hat das Leben aller Bewohner sicherer gemacht. *Von Katrin Zinoun*

17 **Gute Geschäfte mit dem Handy** — Einer simplen Technik ist es zu verdanken, dass Kleinbauern in Kenia an das nationale Finanzsystem angeschlossen werden. *Von Ute Straub*

18 **Streitbare Geister** — Wafa Abdelrahman hat in Palästina eine Medien-NGO für Jugendliche und Frauen gegründet. *Von Johannes Manz*

19 **E-Manzipiert** — Was «Pussy Riot», Putins rebellische Frauen, ins Rollen brachten. *Von Annette Maennel*

20 **Der Leser schreibt mit** — Die sozialen Medien verändern den Journalismus radikal. *Von Markus Reuter*

Der Staat im Netz

22 **Hauptsache dabei** — Der wiedergewählte Präsident Barack Obama hat es beispiellos verstanden, seine Anhänger über das Internet in den Wahlkampf einzubinden. *Von Besim Karadeniz*

24 **Allzeit online?** — Keineswegs: Aber nicht nur deshalb sind die Bedingungen in Deutschland für eine E-Demokratie nicht ideal. *Von Heiner Hiltermann*

26 **Hoffnungsvoller Schritt** — Der chinesische Staat beteiligt seine Bürger bei Gesetzgebungsverfahren. Zwar setzt er seine Interessen immer noch durch, aber der Druck auf die Autoritäten steigt. *Von Zhu Yi*

28 **Kampf der Korruption** — Brasilien hat ein Gesetz erlassen, das die Gemeinden zwingt, ihre Ein- und Ausgaben ins Netz zu stellen. *Von Ulla Ebner*

Grenzen im Netz

29 **Mach dich rar** — Wie Nutzer ihre Spuren im Netz verwischen können. *Von Anne Roth*

30 **Google, Facebook & Co** — Wie der Zugang zu Informationen im Netz gesteuert und gelenkt wird. *Von Jeppe Rasmussen*

32 **Sind wir so frei?** — Wie Unternehmen totalitären Staaten in die Hände arbeiten und warum sich der Kampf für ein unzensiertes Internet lohnt. *Essay von Malte Spitz*

Cyberspace und Sicherheit

34 **Kein Alarmismus bitte!** — Über den Krieg im Netz, den Cyberwar, wird viel geredet. Häufig zu aufgeregt, findet der Potsdamer Völkerrechtler Robin Geiß. *Ein Interview von Meike Laaf*

36 **Wer sind wir?** — Nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Anonymität steht demokratischen Staaten gut zu Gesicht. *Von Falk Lüke*

mehr im Netz

Die Twitterrevolution: Sie hat das Bild der arabischen Staaten in der Welt verändert — den Sieg haben die Menschen auf der Straße errungen. *Von Thomas Uwer*

Starker Ausdruck — Jemenitische Frauen lernen über Online-Workshops, sich in gesellschaftliche und politische Diskurse einzumischen. *Von Katrin Zinoun*

Inhalt

3 Einleitung
6 Debatte
10 Digitale Kampagnen
16 Digitale Medien und Alltag
29 Grenzen im Netz
34 Cyberspace und Sicherheit

Fotos: Robin Geiß (privat), Barack Obama (Lizenz: CC-BY-SA); Michael Fehman (Lizenz: CC-BY-SA)

Einleitung

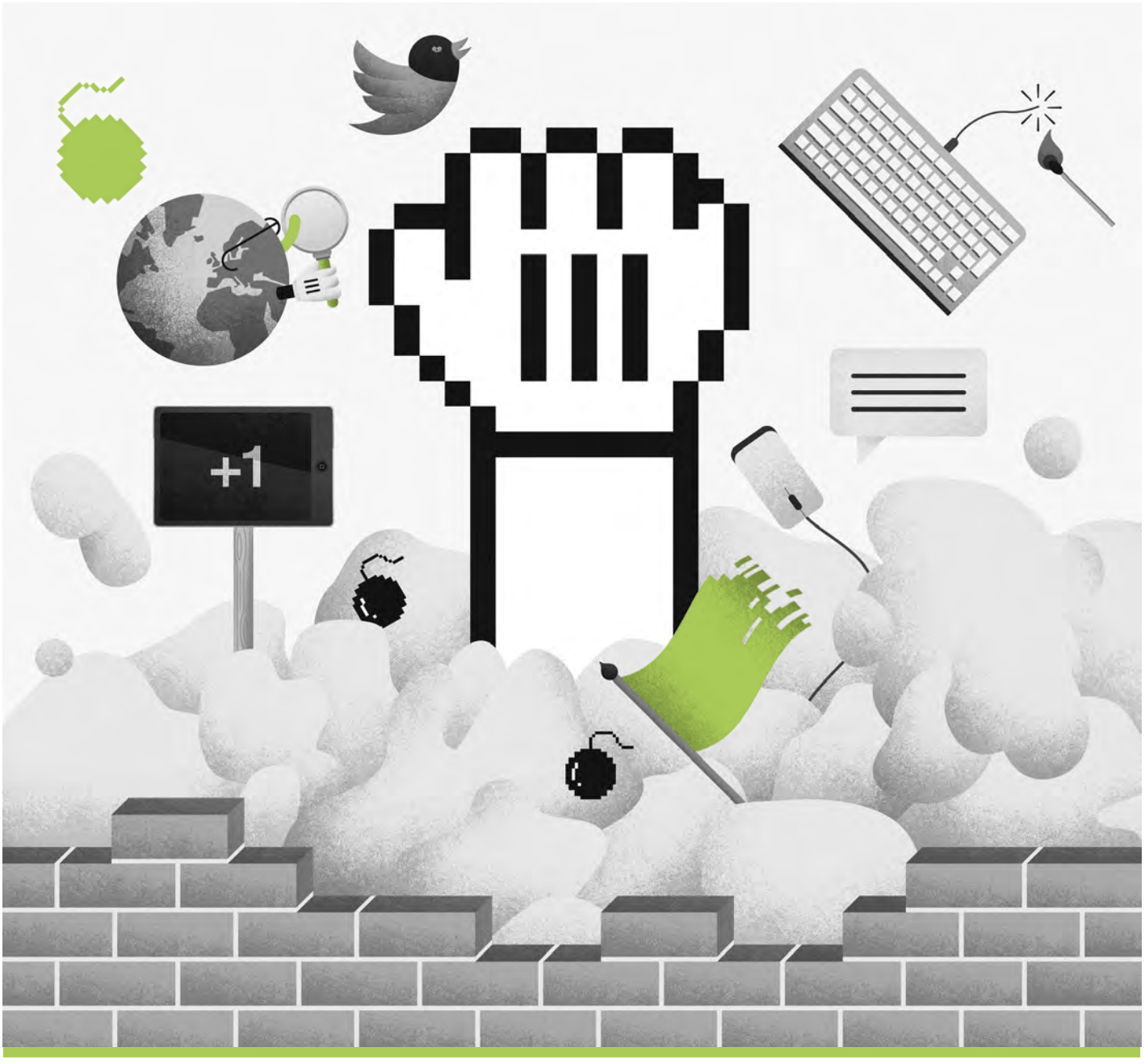


Illustration: Martin Nicolausson

Die digitale Revolution hat sich nicht so entwickelt, wie ihre Anhänger gehofft haben. Aber sie hat sich stärker durchgesetzt, als ihre Gegner befürchteten – wie Modelle aus Estland, Brasilien oder den USA zeigen.

Grenzenlos vernetzt

Von **Daniel Roleff**

Einleitung

Dank simpler Technik werden Kleinbauern in Kenia an das nationale Finanzsystem angeschlossen. → S. 17

Im Sommer 1998, unter dem Eindruck des hart geführten Bundestagswahlkampfes zwischen Amtsinhaber Helmut Kohl und Herausforderer Gerhard Schröder, schlossen sich drei Hamburger Studenten zusammen und gründeten das Projekt wahlkampf98.de. Während der Großteil der allgemeinen Berichterstattung sich mit der neuen Wirtschaftsphilosophie des Internets beschäftigte, wollten sie unabhängig und neutral über den Wahlkampf und allgemein über Politik im Netz berichten. Vorbei an den klassischen medialen Gatekeepern wurde wahlkampf98.de zu einem viel beachteten Erfolgsprojekt, das schließlich in der netzpolitischen Berichterstattungsplattform politik-digital.de mündete. In dieser Zeit begann das Internet in Deutschland immer mehr nicht nur als Kommunikations- und Wirtschaftsmedium angesehen zu werden, sondern erhielt auch eine steigende politische Bedeutung (siehe Hiltermann, → S. 24).

Politische Welt ohne geografische Grenzen

Informations- und Gestaltungsmöglichkeiten sind in der Essenz die beiden grundlegenden Eigenschaften, die das politische Internet mit sich bringt. Aus demokratietheoretischer Sicht bietet es damit die wichtigsten Qualitäten für ein digitales Staatsbürgertum. Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich leicht und kostengünstig mit Informationen versorgen, die sie für eine politische Meinungsbildung benötigen. Mit den Werkzeugen, die insbesondere das Web 2.0 bietet, können sie dann auch politisch agieren. Dies kann geschehen zum Beispiel in Form von Petitionen, Konsultationen, Kampagnen, Lobbying, Meinungsäußerungen, Meinungsbildung oder Wissenstransfer. Theoretisch betrachtet ist das Internet demnach ein ideales Werkzeug zur Stärkung einer demokratischen Gesellschaft.

Diese Digitalisierung der Bürger-Staat-Beziehung hat in den vergangenen 15 Jahren auch außerhalb Deutschlands begonnen. Das große «E» hat viele klassische Bereiche des politischen wie auch gesellschaftlichen Lebens erweitert. Begriffe wie E-Demokratie, E-Government und E-Partizipation sind mittlerweile etablierte Konzepte im politischen Diskurs und Teil des wirklichen politischen Lebens geworden. Dabei lassen sich aber in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedliche Ausprägungen der elektronischen Bürgerbeteiligung und des digitalen Regierens erkennen. Kleine Staaten wie Estland zum Beispiel haben sich einen Namen damit gemacht, große Teile des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in den digitalen Raum zu verlagern. Innerhalb der Europäischen Union, wenn nicht sogar weltweit, sind dieser Grad und die Qualität der digitalen Durchdringung des politischen Lebens einmalig – inklusive der Stimmabgabe über das Internet oder per SMS.

In vielen Staaten Afrikas dagegen spielen Mobiltelefone eine viel wichtigere Rolle als Computer und Internet, der Anteil internetfähiger mobiler Endgeräte ist in den afrikanischen Schwellenländern höher als in den westlichen Industrienationen. Datenintensive Transparenz- und Beteiligungsformate sind daher in der afrikanischen Online-Welt seltener zu finden als in Europa oder Nordamerika. Die gesellschaftliche Relevanz der digitalen Kommunikation zeigt sich dort dafür in der Breitenvernetzung, wie man bei den Bürgerprotesten während des sogenannten Arabischen Frühlings beobachten konnte. Und im Bereich des mobilen Wirtschaftslebens sind besonders viele afrikanische Flächenstaaten sogar Vorbilder für europäische Unternehmensvisionen (siehe Straub, → S. 17).

It's all about culture ... or technology

Neben der technischen Seite fallen aber auch kulturelle Unterschiede in der Nutzung von E-Partizipationsangeboten auf, auch entlang der westlichen Industrienationen. Zum Beispiel werden in Europa vielfach sogenannte deliberative, also diskussions- und streitfreudige Beteiligungsmöglichkeiten verwendet. Dazu gehören insbesondere Blogs mit Kommentarfunktion und Foren. In den USA hingegen sind transparenzfördernde Werkzeuge wie Web- oder Podcasts stärker verbreitet. Gerade während Wahlkampfzeiten gibt es dort bei den Wählern eine starke Erwartungshaltung, dass Kandidaten auch im Netz ihr Tun und Lassen rechtfertigen und erklären.

Revolutioniert wurde das E-Campaigning – der digitale Wahlkampf – durch den US-Präsidentschaftswahlkampf von Barack Obama aus dem Jahr 2008. Neben der Mobilisierung von Wahlhelfern war dabei vor allem das Sammeln von Spenden über Online-Bezahlsysteme mitentscheidend. Obama hat aber nicht nur im Online-Wahlkampf neue Maßstäbe gesetzt (siehe Karadeniz, → S. 22), sondern auch während seiner Amtszeit einen neuen, transparenten und digitalgestützten Regierungsstil eingeschlagen. Zum einen startete er mit data.gov ein offenes Datenportal für Regierungsdaten, das allen Bürgern und Unternehmen für eine Weiterverwertung offensteht. Außerdem initiierte sein Stab die Open Government Partnership, eine weltweite Initiative zur Verbesserung der Regierungsarbeit. Zentral für diese Initiative sind neben dem normativen Gerüst die digitalen Werkzeuge zur Herstellung von Regierungstransparenz und einer stärkeren Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in politische Entscheidungsprozesse.

Das Ausland als Ideenlieferant

Viele bekannte Beteiligungsformate in Deutschland haben ihre Vorbilder im Ausland. Die erfolgreiche britische Mitmach-Plattform fixmystreet.com zum

Illustrationen: Martin Nicolausson

Mehr zur kommunalen Transparenz in Brasilien → S. 28

Einleitung

«Das Glas der digitalen Revolution, wie sie von einigen Betrachtern mit Beginn des New-Economy-Booms Ende der 1990er genannt wurde, ist je nach Betrachtung halbvoll oder halbleer.»

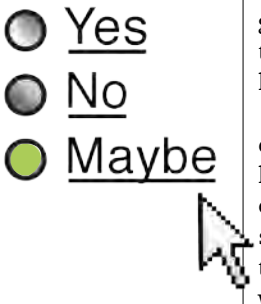
Beispiel hat seit 2009 einen deutschen Klon, das Portal Maerker Brandenburg. Dort können Bürger auf direktem Wege Hinweise an ihre lokalen Verwaltungsstellen übermitteln, sei es wegen Schlaglöchern, falsch parkenden Autos oder Hundekothaufen auf den Gehwegen.

Auch das wahrscheinlich bekannteste Beteiligungsformat im Internet, der sogenannte Bürgerhaushalt, ist ein Importprodukt, allerdings aus Brasilien. Geboren wurde die Idee des partizipativen Kommunalhaushalts dort bereits Ende der 1980er Jahre in Porto Alegre im Süden des Landes, damals noch rein analog (siehe Ebner, → S. 28). 2011 erhielt die Stadt Recife den Reinhard-Mohn-Preis dafür, dass die lokale Verwaltung seit 2001 mehr als 100.000 Bürgerinnen und Bürger jedes Jahr für die Teilnahme an der Budgetverteilung mobilisieren konnte – mittlerweile auch mit Hilfe von digitalen Formaten. Das Prinzip ist dabei denkbar einfach: Mindestens zehn Personen müssen ein Projekt unterstützenswert finden, dann wird es der gesamten Community zur Abstimmung vorgestellt. Die zehn Ideen mit den meisten Unterstützern werden dann umgesetzt – wenn das Geld reicht.

Im Bereich der Transparenz-Initiativen hat sich in Deutschland allerdings noch keine Plattform durchsetzen können, die an den funktionalen und informationsbringenden Umfang von Vorbildern aus dem Ausland heranreicht. In Italien haben zum Beispiel die Betreiber von parlamento.it schon einige juristische Angriffe von Parlamentariern aushalten müssen, weil sie aufgedeckt hatten, wie wenig die gewählten Abgeordneten für ihr Gehalt eigentlich leisten. Einen ähnlichen Überblick über die Aktivitäten der französischen Abgeordneten bietet die französische Webseite nosdesputes.fr. Über Tags lassen sich außerdem thematisch relevante Beiträge schnell finden, der Zugang zu Parlamentsdokumenten über die Person ist ebenfalls möglich (siehe Fiedler, → S. 8).

Fazit

Partizipative oder transparenzfördernde Online-Formate haben sich insbesondere seit der Jahrtausendwende nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit verbreitet und etabliert. Neben der rein technischen Möglichkeit, sich als Bürger oder Bürgerin beteiligen zu können, muss aber in der Bewertung von elektronischen Partizipationsangeboten auch gefragt werden, ob Bürger sich auch beteiligen wollen. In der wissenschaftlichen Literatur wird immer stärker auf ein «demokratisches Defizit» hingewiesen. Sinkende Wahlbeteiligung, absteigende Beliebtheitswerte für Politiker, fallende Mitgliedszahlen bei den großen Volksparteien – all diese Faktoren werden kritisch als Beweis für eine fehlfunktionierende Demokratie interpretiert.



Der Fall Estland demonstriert dabei sehr gut, dass die Digitalisierung nicht das Allheilmittel für demokratische Legitimationsprobleme ist. Denn während einige Autoren E-Voting als das Heilmittel gegen eine schwindende Wahlbeteiligung ansehen, kann das baltische Land nicht als empirischer Beweis angeführt werden. Bei den vergangenen Parlamentswahlen im März 2011 lag die Wahlbeteiligung bei knapp 63 Prozent und damit acht Prozentpunkte niedriger als bei der Bundestagswahl 2009 in Deutschland.

Das Glas der digitalen Revolution, wie sie von einigen Betrachtern mit Beginn des New-Economy-Booms Ende der 1990er genannt wurde, ist je nach Betrachtung halbvoll oder halbleer. Etabliert hat sich die Erkenntnis, dass die Digitalisierung des politischen Raums nicht so weit gekommen ist, wie von den Befürwortern gewünscht, sich aber stärker durchgesetzt hat, als von den Gegnern befürchtet. Das größte Problem in der Wahrnehmung hat aber die elektronische Bürgerbeteiligung wegen ihrer noch geringen Relevanz. In der aktuellen Verfassung sind E-Partizipationsangebote zwar immerhin eine kleine, aber noch keine gleichberechtigte Agitationsform für demokratische Staatsbürgerschaft.

Daniel Roleff ist Gründer der Agentur für zeitgenössische Kommunikation buero fuer neues denken. Von 2009 bis 2011 arbeitete er als Redakteur bei politik-digital.de. Er publizierte bereits vielfach zu Themen aus Politik und digitaler Kommunikation und ist Mitautor verschiedener Studien zum Thema politische Online-Kommunikation.

Illustration: Martin Nicolausson; Foto: Bernd Jonkmanns/laif

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Debatte

Einst zeigte er Netzaktivisten, Bloggern und Oppositionspolitikern, wie sie Blogs, Soziale Netzwerke und Wikis für ihre Zwecke nutzen können. Heute ist der Weißrusse Evgeny Morozov einer der schärfsten Kritiker der Neuen Medien geworden.

«Die Menschen wollen das Märchen glauben»

Steven Geyer und **Jörg Schindler** im Gespräch mit **Evgeny Morozov***

Herr Morozov, kann das Internet die Welt retten?
Nicht, dass ich wüsste.

Aber ist nicht spätestens seit der Arabellion allenthalben die Rede von Facebook- und Twitter-Revolutionen, mit deren Hilfe sich geknechtete Völker befreien können?
Das habe ich auch mal geglaubt. Ich habe nicht nur daran geglaubt, dass das Internet die Welt verbessern kann, ich habe für diese Idee aktiv geworben. Ich habe Non-Profit-Arbeit in einer NGO geleistet und bin dafür durch Zentralasien, den Kaukasus und Weißrussland gereist, habe Netzaktivisten, Blogger und Oppositionspolitiker getroffen und für Neue Medien missioniert. Ich habe ihnen gezeigt, wie sie Blogs und Soziale Netzwerke und Wikis für ihre Zwecke nutzen können.

Heute sagen Sie, dieser Ansatz sei falsch. Durch Ihre Arbeit als Blogger, Essayist und Dozent für Netzpolitik, aber vor allem durch Ihr Buch über die «dunkle Seite des Internets» haben Sie einen weltweiten Ruf als skeptischer Internet-Experte erlangt. Wie kam es zu Ihrem Sinneswandel um 180 Grad?
Nachdem ich drei Jahre lang in diesen Projekten gearbeitet hatte, fiel mir auf, dass all das nicht den erhofften Effekt hatte. Anstatt robuste, geheime Strukturen in den Neuen Medien aufzubauen, haben wir sie tatsächlich zerstört. Denn wir haben die Netzaktivisten dabei ausgebremst, nach funktionierenden und profitablen Projekten zu suchen, indem wir ihnen ein NGO-Gehalt gezahlt haben und sie an Projekte banden, die zum Scheitern verurteilt waren: Immer drei Jahre warten, bis die Gelder bewilligt sind, und nach weiteren fünf Jahren läuft die Projektförderung aus. So funktioniert Unternehmertum in Neuen Medien nicht. Was wir wollten, war ja «Capacity building», also Hilfe beim Aufbau von Wissen, Strukturen, Expertenkreisen. Aber parallel betrieben die Regierungen ihren eigenen Kapazitätsaufbau – und weil sie mehr Ressourcen hatten, wurden sie viel schneller viel schlauer als wir.

Woran haben Sie das gemerkt?
Sie fingen sehr bald an mit Online-Überwachung, Zensur und Propaganda im Internet, mit Cyberattacken und damit, Blogger übers Netz zurückzuverfolgen und auszuspähen, indem sie alle erdenklichen weitentwickelten Überwachungsinstrumente des Internets benutzt haben. So wurde mir klar, dass unsere Arbeit im Vergleich dazu fast nichts erreichen konnte. Und so wurde ich zum Kritiker des Ansatzes «Schult sie einfach – und die Demokratisierung wird kommen». Denn ich denke, das ist zu flach gedacht.

Wie kann der Westen tatsächlich unabhängige Oppositionsgruppen unterstützen?
Zum Beispiel musst du versuchen, etwas zu ändern an den Verkäufen von Überwachungstechnologie durch westliche Firmen an Regierungen. Du musst erreichen, dass Facebook und Google ihre Praktiken so ändern, dass sie anonyme Blogger nicht länger bestrafen – wie es zurzeit der Fall ist. Aktivismus ist weniger vor Ort nötig als hier im Westen. Man muss eben nicht in Peking oder Moskau aktiv werden, sondern zum Beispiel in Washington und Brüssel. Denn viele der Überwachungstechnologien und viele der Datenschutzregulierungen, denen Google und Facebook unterliegen, werden vom Westen bestimmt.

Gab es einen Schlüsselmoment, in dem Ihnen das klar wurde?
Meine Meinung hat sich nicht über Nacht geändert. Natürlich brachten mich einige politische Ereignisse zum Nachdenken, vor allem der Russisch-Georgische Krieg 2008. Da wurden einige der Anweisungen für dezentrale Cyberattacken von russischen Nationalisten und verschiedenen russischen Bloggern verbreitet. Ich weiß noch: Ich recherchierte für einen Artikel, da stieß ich in den verschiedensten russischen Blogs auf Anweisungen, wie ich Software auf meinen Computer installieren kann, um die Webseiten der georgischen Regierung anzugreifen. Ich habe diese Software testweise heruntergeladen, und tatsächlich konnte man damit helfen, georgische Websites zum Schweigen zu bringen. Ich wurde quasi Soldat im georgisch-russischen Cyberkrieg.

Warum hat Sie das so beeindruckt?
Das war viel ausgefeilter als das, was wir üblicherweise von autokratischen Regierungen erwarten. Vor sechs, sieben Jahren haben sie einfach ganz stupide missliebige Websites blockiert. Aber dann holten sie schnell auf, vor allem China und Iran. Sie planten clevere Propaganda-Kampagnen, jede Menge ausgefeilter Überwachungs- und Spionage-Technologie, sie infiltrierten Chatrooms, in denen sich Oppositionelle austauschten. Alles sehr schlau – sie waren eindeutig im Vorsprung gegenüber den Netzaktivisten.

Evgeny Morozov empfiehlt: Zurück zum guten alten Flyer und Sitzungen in Hinterzimmern

Aber nicht nur Diktaturen nutzen das Netz für ihre Zwecke.

Sicher. Auch westliche Staaten investieren in Überwachungstechnologie und entwickeln sie. Aber wir gehen ja davon aus, dass diese Technologie nur gemäß geltender Gesetze angewendet wird. Auch westliche Regierungen erstellen Malware, aber diese Malware wird dann auch reguliert.

Nicht immer: In Deutschland wurde im Oktober aufgedeckt, dass der Staat fragwürdige «Bundestrojaner» einsetzt.

Ihre Polizei nutzte Malware, um die Computer von Verdächtigen zu durchsuchen. Aber das ist ja auch ihre Aufgabe. Nur war die Malware so programmiert, dass man auch Beweise auf dem Computer des Verdächtigen platzieren konnte – was gegen die Verfassung verstoßen würde. Dennoch: Im Westen gibt es Mechanismen, die Missbrauch durch Regierungen verhindern. Aber sobald Firmen, die diese Malware programmieren, die Technologie in Länder wie Syrien, Weißrussland oder Kasachstan exportieren, gelten alle diese Regeln nicht mehr. Die setzen sie ein, wie sie wollen. Sehr viel von der Überwachungsausrüstung in autoritären Staaten wurde hergestellt, weil jemand in den USA oder Großbritannien oder Deutschland die Firmen damit beauftragt hat. Und wenn sie einmal da ist, gelangt sie eben leicht in die falschen Hände.

Bekanntlich hat Präsident Obama den Virenangriff auf die iranischen Atomanlagen aktiv beschleunigt. Besser als ein Bombenangriff, oder?

Sicher, das kann man so sehen. Ich fordere ja auch nicht, dass all diese Werkzeuge im Westen verboten sein sollten. Es gibt durchaus legitime Sorgen bei den westlichen Behörden. Und natürlich halten sie am digitalen Instrumentarium fest. Das FBI hat erst vor kurzem angekündigt, dass es Internet-Firmen wie Skype und Facebook noch mehr unter Druck setzen will, damit diese «Hintertüren» einbauen, die es erlauben würden, jeden User bei seinen Aktivitäten zu überwachen. Das hieße, die bräuchten dann gar nicht darauf zu warten, bis Facebook ihnen nach drei Monaten Daten liefert – sie könnten einfach in Echtzeit mithören.

Sollten Demokratien so etwas ganz klar verbieten?

Das will ich gar nicht sagen. Aber wir sollten doch wenigstens darüber Bescheid wissen. Denken Sie nur mal daran, dass wir alle unsere Handys mit uns herumtragen, die unseren Standort jederzeit orten. Kombiniert man das mit all den Daten, die wir freiwillig auf Facebook oder sonst wo posten, erhalten die Behörden weit mehr Informationen, als sie noch vor wenigen Jahren zu träumen wagten. Wenn du Facebook-Kunde bist – was ich persönlich nicht bin – haben andere permanent Zugriff auf deine Freunde. Insofern braucht es durchaus mehr Regeln. Denn wenn es nach dem FBI und Co. ginge, würde man Überwachungskameras in unseren Köpfen platzieren. Ich bin nicht sicher, ob ich das gut fände.

Warum weiß nur eine Minderheit der User von dieser dunklen Seite des Netzes? Und warum stören sich noch weniger daran?

Wenn du ein komfortables Leben im Westen führst und dich nicht ständig mit der politischen Lage in China oder sonst wo befasst, bekommst du nicht mit, welche zweifelhaften Möglichkeiten das Netz neben seinen Vorteilen eröffnet. Die erkennt ja nicht mal die US-Regierung in vollem Maß – wie die aktuelle Internetstrategie des Außenministeriums zeigt. Die Menschen wollen das Märchen glauben, dass das Internet ein Freiheits-Instrument ist; dass es überall, wo es verfügbar wird, die Menschen von ihren Fesseln befreit. Man könnte einen wunderbaren Film daraus machen: wie mutige Kapitalisten in ihrer Garage ein technologisches Instrument schufen, das im Handumdrehen die arabische Welt befreite. Daran glauben jedenfalls viele Amerikaner.

«Man könnte einen wunderbaren Film daraus machen: Wie mutige Kapitalisten in ihrer Garage ein technologisches Instrument schufen, das im Handumdrehen die arabische Welt befreite.»

Aber ist daran – etwa mit Blick auf den Arabischen Frühling – nicht etwas Wahres?

Das Problem in Amerika ist aber, dass die meisten Politiker und Politikwissenschaftler noch immer in Kategorien des Kalten Krieges denken, wenn sie China, Iran oder Russland analysieren. Früher hieß es, wer unfreie Gesellschaften hegt, kann auch wirtschaftlich nicht erblühen. Aber heute haben diese Regime ihren Handel längst liberalisiert und in Politik und Wirtschaftsleben viele Schranken abgebaut. Es ist aber ein dummes, altes Vorurteil, dass autoritäre Staaten von Idioten gelenkt werden, die Dinge wie das Internet nicht verstehen und das ganze Volk gegen sich haben. Tatsächlich werden einige dieser Staaten von intelligenten Leuten regiert, die zum Teil große Unterstützung in der Bevölkerung genießen und von denen manche sogar gewählt wurden. Und diese Leute haben sehr gute Berater, oft aus dem Westen. Sie kaufen westliche Technologien und wissen oft bestens, wie sie das Internet für ihre Zwecke nutzen können.

Die US-Soziologin Sherry Turkle argumentiert in ihrem Buch «Alone Together», dass das Netz unseren sozialen Zusammenhalt schwächt. Hat sie recht?

Ich bin da längst nicht so pessimistisch. Ich bin ohnehin immer skeptisch, wenn irgendjemand sagt, das Netz ist so oder das Netz tut dies und jenes.

Sie schreiben in Ihrem Buch selbst, das Netz trage die Saat zur Depolitisierung und Dedemokratisierung in sich.

Nein, ich spreche in meinem Buch nicht so verallgemeinernd vom Internet. In einem meiner Kapitel erkläre ich meine Sicht auf Facebook und die «Sozialen Netzwerke». Aber die sind für mich nicht «das Internet», sondern Privatfirmen, für die ihr technologisches Angebot nichts als ein Geschäftsmodell ist. Meine Kritik ist eine andere: Ich möchte Aktivisten davor warnen, zu viel Hoffnung in Facebook und Co. zu setzen. Ihre Ziele lassen sich auf digitalem Weg oft sogar schlechter umsetzen, als wenn sie ganz altmodisch Flyer drucken und sich in Hinterzimmern persönlich treffen würden.

*Auszug eines Interviews, das die Autoren für die Berliner Zeitung/Frankfurter Rundschau geführt haben.

Evgeny Morozov ist Fellow der New American Foundation, zurzeit arbeitet er als Gastwissenschaftler an der Stanford University. In seinem Buch «The Net Delusion» (2011) belegte er, dass es westliche Regierungen waren, die autoritäre Regime erst technologisch hochgerüstet haben. Sein zweites Buch – Arbeitstitel «Silicon Democracy» – wird voraussichtlich im kommenden Frühjahr erscheinen.

Steven Geyer ist Hauptstadtkorrespondent der Frankfurter Rundschau.

Jörg Schindler ist Redakteur des SPIEGEL in Berlin.

Foto: Daniel Seiffert (Lizenz: CC-BY-SA)

Kirsten Fiedler widerspricht Evgeny Morozov (S.6). Und sie beschreibt, wie sich Bürgerinnen und Bürger in Zeiten des Internets organisieren und was sie als Netzaktivisten, Hacktivisten, Cyber-Utopisten und Mitklicker alles bewirken können.

«Es ist eben kein Märchen»

Von **Kirsten Fiedler**

Revolutionen brauchen das Internet nicht, und überhaupt sei Netzaktivismus völlig überbewertet, behauptet Stanford-Wissenschaftler und Internetskeptiker Evgeny Morozov unermüdlich in Kolumnen und Vorträgen. Aber ist diese Aussage noch zeitgemäß? Und was ist eigentlich Netzaktivismus? Über eine Definition ließe sich endlos debattieren. Allein mit Beschreibungen der verschiedensten netzaktivistischen Formen könnte man Seiten füllen; denn Netzaktivismus ist ein digitaler Spiegel dessen, was es schon seit langem offline gibt: professionelle Organisationen, Ad-hoc-Zusammenschlüsse und verschiedenste Untergrundgruppierungen. Durch die ACTA-Kampagnen erfuhren wir in Europa erstmals, was erreicht werden kann, wenn eine große Gruppe von Menschen gemeinsam mit Hilfe des Internets auf dasselbe Ziel hinarbeitet.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen das Netz, um sich aktiv in die Politikgestaltung einzumischen. Heute kann jeder ein Manifest, einen offenen Brief oder ein Protestschreiben einem potenziell unendlich großen Publikum bereitstellen. Durch das Internet haben wir unmittelbaren Zugang zu nahezu allen Informationen. Leaks, Echtzeitübertragungen und Pressemitteilungen machen uns weniger von den Interpretationen der Medien abhängig, wir können uns unser eigenes Bild machen. Die spezielle Macht des Internets zur Vernetzung und Vervielfältigung gesellschaftlicher Kritik ermöglicht es einem diversifizierten Publikum, zusammenzukommen und auf gemeinsamer Grundlage zu debattieren. Die Ursprünge der verschiedenen netzaktivistischen Gruppierungen haben genau wie das Internet viele Knotenpunkte und sind dezentraler Natur. Manche entstehen durch kleine Facebook-Seiten oder Twitter-Hashtags, vergehen schnell wieder oder werden größer, manche finden sich zufällig in Foren, manche schließen sich geplant zusammen.

Kirsten Fiedler arbeitet als Advocacy Manager bei der europäischen NGO European Digital Rights (EDRi.org), die in Brüssel 32 Datenschutz- und Bürgerrechtsorganisationen aus insgesamt 20 europäischen Ländern vertritt. Nebenbei bloggt sie zu netzpolitischen Themen und engagiert sich bei der belgischen NURPA sowie beim Digitale Gesellschaft e.V. Auf Twitter heißt sie @Kirst3nF

Digitale Sitzblockade?
Im März legten sich die Cyber-Aktivisten von Anonymous mit der tunesischen Regierung an, die radikale Islamisten im Land indirekt unterstützte.

Die sicherlich alltäglichste Form des Netzaktivismus ist die niedrigschwellige Online-Beteiligung, wie zum Beispiel das Unterzeichnen von Petitionen, das Klicken von «Gefällt mir»-Buttons, Retweets oder das Teilen von Links auf Pinnwänden. Durch diesen Mikroprotest können viele Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig digital aktiv werden, ohne komplizierte Formulare ausfüllen zu müssen. Da bei vielen das Engagement jedoch nicht über das Mitklicken hinausgeht, hat Morozov in einer Hinsicht recht: Es wäre übertrieben, hier von «Twitter- oder Facebook-Revolutionen» zu sprechen. Anderseits kann dieser Mikroprotest auch nicht als komplett unerheblich abgetan werden, wenn man sich den Fall ACTA anschaut.

Einen völlig anderen Ursprung hat das internationale Kollektiv «Anonymous», der in den Wirren des Boards /b/ des Internetforums 4chan liegt. Die Nutzer koordinieren sich hier vollkommen hierarchiefrei. Anfangs ging es darum, lustiges Chaos im Netz zu veranstalten. Die «Anons» kamen für die «Lulz» und blieben schließlich aus politischer Motivierung, um gezieltere Aktionen gegen Scientology, Finanzdienstleister PayPal, Visa und Mastercard oder tunesische Regierungswebsites durchzuführen. Die Stärke des Kollektivs liegt in seiner Anonymität, in der Fähigkeit, sich dezentral als Schwarm zu mobilisieren, und in den medienwirksamen Aktionen. Die Attacken der Anons auf Webseiten, sogenannte DDoS-Angriffe, wurden mehrfach und heftig kritisiert – damit wurde

Foto: Jacob Davis (Lizenz: CC-BY-SA)

aber auch erstmals eine umfassende Debatte über die Möglichkeiten und Grenzen des Online-Protests geführt.

Als professionalisierte Form des digitalen Aktivismus könnte man die etablierten Bürgerrechtsorganisationen bezeichnen. Auf EU-Ebene ist dies European Digital Rights (EDRi), auf nationaler Ebene gibt es zum Beispiel den deutschen Chaos Computer Club oder die Digitale Gesellschaft, die niederländische Organisation Bits of Freedom, die französische Quadrature du Net oder etwa die britische Open Rights Group. Aber auch diese Organisationen unterscheiden sich in ihrer Struktur und Arbeitsweise vollkommen voneinander. Eines aber haben sie alle gemeinsam: Hinter den Kulissen in Brüssel, Berlin, Amsterdam, Paris und London geschieht vieles, was der Netzöffentlichkeit entgeht oder gar nicht erst in diese gelangen soll. Die Stärke der NGOs ist ihre beständige Präsenz, ihre Watchdog-Funktion und das regelmäßige Liefern von Expertenmeinungen und detaillierten Analysen – die dann von Aktivisten als Flyer oder Infomaterial wiederverwendet, kopiert und verbreitet werden können.

Evgeny Morozovs These zufolge sind Netzaktivisten jedoch entweder (in repressiven Regimen) waghalsig engagiert oder aber (in der westlichen Welt) oberflächlich und nutzlos. Mit ACTA bewiesen digitale Aktivisten direkt auf mehreren Ebenen das Gegenteil. Man könnte sagen, dass sich die unermüdliche Arbeit der Bürgerrechtsorganisationen und die spektakulären Aktionen wie Yin und Yang ergänzen. Das beste Beispiel hierfür ist die sechsmonatige europaweite Protestwelle gegen das internationale Handelsabkommen ACTA. EDRi veröffentlichte seit Beginn der jahrelangen Verhandlungen umfassende Analysen. Später gründeten sich spontan Facebook-Gruppen gegen das Abkommen, in denen europaweite Demonstrationen dezentral koordiniert wurden. Obwohl Morozov behauptet, dass soziale Netzwerke zu einer Entpolitisierung beitragen, hat ACTA gezeigt, dass sich dort plötzlich auch Menschen interessieren und engagieren, die nicht immer direkt von Bürgerrechtsorganisationen erreicht werden können.

Hier in Europa gingen die Menschen nicht nur aus Protest gegen eine repressive Durchsetzung des Urheberrechts oder einzelne Paragraphen auf die Straße, sondern für die Verteidigung ihrer Grundrechte und den Erhalt eines freien und unzensierten Internets. Auch hier wurden Morozovs Annahmen widerlegt: Gerade weil viele Menschen mit ihrem «komfortablen Leben im Westen» erkannten, welch zweifelhafte Möglichkeiten das Netz eröffnen kann, kam es zu Massenprotesten und den über 2,5 Millionen Unterschriften gegen das Abkommen.

Ohne die Proteste und Tausenden von E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern hätten die Europaabgeordneten das Abkommen vermutlich nicht mit einer solch klaren Mehrheit abgelehnt. Sogar diejenigen, für die das Internet hauptsächlich ein Klickmedium ist, haben hierzu beigetragen. Die jahrelangen Arbeiten der NGOs, die Demonstranten, Videomacher und Petitionen haben alle eine Rolle gespielt. Die vielen fragmentierten Facetten des Netzaktivismus haben ein internationales Handelsabkommen zu Fall gebracht. Es ist zu flach gedacht, die befreienden Kräfte des Internets kategorisch als reines Märchen abzufertigen.

Digitale Demonstranten der französischen NGO La Quadrature du Net.

«Ohne die Proteste und Tausenden von E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern hätten die Europaabgeordneten das Abkommen vermutlich nicht mit einer solch klaren Mehrheit abgelehnt. Sogar diejenigen, für die das Internet hauptsächlich ein Klickmedium ist, haben hierzu beigetragen.»

Zensur durch Unternehmen: Die App Phonestory berichtet über die miserablen Produktionsbedingungen von Smartphones; Apple schmiss sie dafür aus dem Programm.

Obwohl das Netz eine aktive Beteiligungsdemokratie ermöglicht, ist das Internet kein öffentlicher demokratischer Raum. Da die Infrastruktur von privaten Unternehmen betrieben wird, geben Konzerne den Rahmen für digitalen Aktivismus vor. Es ist nicht selten, dass Accounts und Videos gesperrt, E-Books oder Fotos gelöscht, Domainnamen beschlagnahmt oder Zahlungen eingefroren werden – wie es die Privatunternehmen gerade für angemessen halten. Dies mussten beispielsweise die Netzaktivisten der Enthüllungsplattform WikiLeaks erfahren, als Ende 2010 PayPal, Visa und Mastercard willkürlich die Auszahlung von Spendengeldern an die Plattform sperrten – obwohl bis heute kein Gericht die Aktivitäten von WikiLeaks für illegal erklärt hat. Digitale politische Aktionen hängen also oft am seidenen Faden der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Wie Cory Doctorow erst kürzlich auf einem Kongress in Berlin erklärte, haben wir mit ACTA noch lange nicht den «Endgegner» erledigt, sondern lediglich das nächste Level erreicht. Damit es nicht bei einem Etappensieg bleibt, wir zukünftigen Herausforderungen gewachsen sind und dem großen «Endboss» ebenbürtig gegenübertreten können, brauchen all jene Organisationen und Netzaktivisten solides Rüstzeug, um sich effektiv für das freie, offene und unzensierte Internet einsetzen zu können.

Der SF-Autor und Blogger Cory Doctorow (boingboing) publiziert immer unter einer CreativeCommons-Lizenz und hält wenig von Copyrights: «You can use those ideas to defeat censorship and get onto the free Internet, even if your government, employer or school doesn't want you to.» *Little Brother*

Fotos: Stephanie Booth (Lizenz: CC-BY-SA); La Quadrature du Net (Lizenz: CC-BY-SA)

Digitale Kampagnen

Die Ablehnung des Handelsabkommens ACTA durch das Europäische Parlament im Juli 2012 hat klargemacht, dass demokratische Beteiligung ganz neu gedacht werden muss.

Der erste große Sieg des Schwarmgeistes

Von **Klaus Raab**

Die einen sprechen von: Masse, Meute, digitalem Mob, von Internetfetischisten und Schwarmarroganz. Die anderen von: Menge der Vielen, Schwarmgeist, von Aktivisten und neuer digitaler Öffentlichkeit. Man muss nur einmal die Begriffe nebeneinanderstellen, die benutzt wurden, um die Kritiker des Handelsabkommens ACTA zu charakterisieren – dann sieht man, dass es bei der Berichterstattung über ACTA nicht nur um ACTA selbst ging. Es ging eigentlich um die Zukunft der Kreativwirtschaft, des Internets und der Demokratie.

ACTA, zunächst einmal, ist die Bezeichnung für «Anti-Counterfeiting Trade Agreement»; es handelt sich um ein multilaterales Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und weiteren Staaten, darunter Japan, Kanada und die USA, das der Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie sowie von Urheberrechtsverletzungen dienen sollte. Mit ACTA, fürchteten die Gegner des Abkommens, würde einer strengen Regulierung des Internets und der Beschneidung von Freiheiten der Weg geebnet. Von einer Echtzeitüberwachung des Datenverkehrs war die Rede; von Grenzkontrollen, bei denen elektronische Geräte durchsucht würden, um Urheberrechtsverstöße ihrer Nutzer zu ahnden. Vor allem war die Rede von der Stärkung der Kontrollpflichten der Internetprovider über ihre Kunden und damit von einer Privatisierung der Durchsetzung von Urheberrechten, von Netzsperren und der Einführung von Three-Strikes-Modellen, wie sie in einigen Staaten existieren: Zwei Verstöße gegen das Urheberrecht – und nach dem dritten wird der Internetzugang zeitweise gekappt.

Illustration: Martin Nicolausson

Die Befürworter ACTAS und Kritiker der ACTA-Gegner argumentierten, solche Schreckensszenarien seien angesichts des Vertragstexts maßlos übertrieben.

Die Ideen sind noch in der Welt

Und beide hatten irgendwie recht: Es fanden sich im Text viele vage Formulierungen, deren Auslegung – tja – eben Auslegungssache war. Doch was nicht eindeutig ausbuchstabiert ist, kann trotzdem gewollt sein. Und so gab es nicht nur in Deutschland, sondern auch unter anderem in Polen, Tschechien, Mexiko, USA und Frankreich große und zum Teil stürmische Proteste; nicht nur von der sogenannten Internetgemeinde, sondern – nicht nur im Internet wurde schließlich demonstriert – auch von einer Straßengemeinde.

Es ist nun eigentlich etwas spät, sich mit ACTA zu beschäftigen: ACTA wurde im Juli 2012 vom Europäischen Parlament mit der erstaunlich großen Mehrheit von 478 zu 39 Stimmen (bei 165 Enthaltungen) abgelehnt, wonach es noch Monate vor der Entscheidung nicht ausgesehen hatte. Das Abkommen selbst ist daher eigentlich nur für Historiker relevant.
Allerdings sind die Ideen, die sich damit verknüpften, noch in der Welt. Schon in den Nachrufen auf ACTA standen erstens die Namen anderer Regelungen, die ersatzweise Realität werden könnten: Ipred2 etwa, die Novellierung einer EU-Richtlinie «zur Durchsetzung der Rechte an immateriellen Gütern», oder CETA, kurz für «Comprehensive Economic and Trade Agreement», ein europäisch-kanadisches Handelsabkommen, das, wie prompt kritisiert wurde, in frühen Entwürfen ACTA zumindest stellenweise aufs Wort geglichen habe. ACTA, hieß es seitens der Kritiker, sei nur der Anfang gewesen.

Und zweitens, wie gesagt, ging es gar nicht nur um das Abkommen. In der Debatte konnte man den Eindruck gewinnen, es gebe genau zwei Wege für die Demokratie: Die einen behaupteten, sie würde durch die Beteiligungsmöglichkeiten, die das Internet bietet, zur Ochlokratie, zur digitalen Pöbelherrschaft. In einem Bericht der EU-Kommission etwa wurde ein Kommissar zitiert, die Kampagne gegen ACTA sei von einer «demokratisch nicht legitimierten Internetgemeinde» getragen; das Abkommen dürfe schon deshalb nicht scheitern.

Die anderen fragten sich, wer wohl die Wirtschaftslobbyisten demokratisch legitimiert haben mochte, denen sie Einfluss unterstellten. Und behaupteten, die Demokratie entwickle sich zur Oligarchie, zur Herrschaft einiger weniger, die unter einem Netz nichts möglichst Verzweigtes, sondern etwas möglichst Kleines und Engmaschiges verstehen und die in Hinterzimmern dubiose Dinge aushecken. Denn auch die Intransparenz der Verhandlungen war ja Grund für die ACTA-Proteste: dass Diplomatie nach außen als geheimbündlerische Angelegenheit verkauft wurde.

Vernetzung in die Breite statt klassischer Ochsentour nach oben

Beide Vorstellungen, die von der Ochlokratie wie die von der Oligarchie, beschwören das Schlimmstmögliche. Unbestreitbar ist allerdings die Notwendigkeit, demokratische Beteiligung neu zu denken. Schon die bloße Möglichkeit der Partizipation im Rahmen der digitalen Infastruktur sorgt ja dafür, dass es auch mehr Partizipation gibt. Durch die Vernetzungsstruktur des Internets werden die Aktivitäten Einzelner an die Oberfläche gespült – vor allem derjenigen, die sich in die Breite vernetzt haben, statt sich klassisch auf einer Ochsentour hochzuarbeiten. Constanze Kurz vom Chaos Computer Club schrieb nach der ACTA-Ablehnung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, es sehe so aus, als verflüchtige sich der Unwillen zur politischen Beteiligung, den Noam Chomsky einst für westliche Gesellschaften diagnostiziert hatte: Die weitverbreitete Ansicht, man könne als Einzelner eh nichts ausrichten, «schwindet mit jedem Erfolgserlebnis», schrieb Kurz.

Alte Hierarchien wurden untergraben

ACTA war für den «Schwarmgeist des Internets», wie die *Süddeutsche Zeitung* kommentierte, der «erste echte Sieg über die politischen Institutionen». Der Begriff steht heute stellvertretend für die Neuaushandlung des Verhältnisses zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Denn die ACTA-Ablehnung bedeutete die Untergrabung der althergebrachten Entscheidungshierarchie durch eine dezentral organisierte, aber kampagnenfähige Gemeinschaft, deren inhaltlicher Kern in der Verteidigung ihrer vergleichsweise neuen Freiheit besteht.

Es ist nachvollziehbar, was Andrian Kreye in der *Süddeutschen Zeitung* beklagte, kurz bevor ACTA abgelehnt wurde: «Würde die Politik ACTA kippen, hätte sie vor dem Schwarmgeist kapituliert. Das wäre jedoch kein neues Modell von Demokratie und Freiheit durch das Internet. Das wäre ein revolutionärer Akt mit ungewissem Ausgang.» Denn wenn die Politik aus Angst vor Protesten einiger Leute – schließlich repräsentieren auch die Anti-ACTA-Aktivisten nur einen Teil der Gesellschaft – lange vorbereitete Entscheidungen von einer Woche auf die andere umwirft, wer weiß, vor wem sie dann als Nächstes die Segel streckt.

Es ist allerdings nicht ausgemacht, dass das Europäische Parlament tatsächlich kapituliert hat: Vielleicht hatten die Abgeordneten auch einfach vor den Protesten nicht wahrgenommen, dass es erstaunlich gute Argumente gegen ACTA gab.

Klaus Raab ist freier Journalist und schreibt über Medien-, Internet- und andere Gesellschaftsthemen.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

KONY 2012: Die umstrittene Jagd im Netz auf den ugandischen Rebellenführer Joseph Kony hat längst an Wucht und Zugkraft verloren. Offenbar verfügt das Netz auch über Selbstheilungskräfte.

Zurück blieb ein laues Lüftchen

Von **Markus Beckedahl**

Anfang März dieses Jahres wurde Joseph Kony quasi über Nacht eine der berühmtesten Personen des Internets. Der flüchtige mutmaßliche Kriegsverbrecher und ugandische Rebellenführer war bis dahin weitgehend nur Menschen bekannt, die sich für Konfliktherde in Mittelafrika interessierten. Das sollte sich mit einer bis dahin beispiellosen Internetkampagne namens KONY 2012 ändern. Die US-Nichtregierungsorganisation Invisible Children startete sie am 5. März. Zentrales Element der Kampagne war ein rund 30 Minuten langes Video, das der Invisible Children-Gründer Jason Russell gedreht hatte.

Entgegen dem Gerücht, dass im Internet nur kurze Videos funktionieren und sich niemand lange Filme anschaut, wurde KONY 2012 allein in den ersten sechs Tagen mehr als 100 Millionen-mal über die beiden Plattformen Vimeo und YouTube abgerufen. Zentrale Personen in dem Video sind Russell und sein Sohn, sie beschreiben die Konflikte in Uganda und verurteilen die Methoden, mit denen Konys Lord's Resistance Army (LRA) in Uganda und benachbarten Staaten mit Hilfe von Kindersoldaten und Sklaven agiert. Der Film beschreibt weiter, wie Invisible Children als Nichtregierungsorganisation gegründet wird, um diesen Taten ein Ende zu setzen. Verbunden ist das emotional ergreifende Video über einen Konflikt außerhalb der medialen Berichterstattung mit konkreten Handlungsempfehlungen: Den Konflikt aufmerksam zu verfolgen und vor allem an Invisible Children zu spenden.

← von oben nach unten: Merchandise-Artikel der KONY-2012-Kampagne; Jason Russell und Crew beim Filmdreh in Uganda; ein Opfer der Lord's Resistance Army.

Fotos: Guillaume Bonn/laif; Glenna Gordon/Polaris/laif; SAM HODGSON/The New York Times/R/Redux/laif

Welche Verantwortung haben NGOs?

Das Video löste zweierlei aus: Tatsächlich wurden zum einen die afrikanischen Konfliktherde und hier besonders die in Uganda und im Kongo aufmerksam verfolgt, kurzfristig jedenfalls. Stellvertretend für die Bundesregierung erklärte Regierungssprecher Seibert auf Twitter: «#Kony – DEU hat das Thema in den UN-Sicherheitsrat eingebracht. Wir unterstützen Afr. Union im Kampf gegen die Gruppe und ihre Verbrechen.» Zum anderen entwickelte sich eine viel spannendere Debatte über die Mechanismen in der neuen vernetzten Öffentlichkeit verbunden mit der Frage, welche Verantwortung Nichtregierungsorganisationen bei solchen Kampagnen tragen.

Viele waren von der rasanten Mobilisierung im Netz überrascht. Deutsche Beobachter kannten die Organisation Invisible Children nicht einmal. Dabei engagiert sich die NGO bereits seit einem Jahrzehnt in den USA für dieses Thema. Jahrelang hat sie an unzähligen Schulen vor allem im mittleren Westen der USA über die Problematik von Kindersoldaten aufgeklärt und dadurch eine Basis von Unterstützern aufgebaut, auf die sie nun zurückgreifen konnte. Wie aber schaffte es diese Kampagne, sich medial gegen all die anderen Konkurrenten durchzusetzen, die ebenfalls um das knappe Gut der Aufmerksamkeit kämpften?

Der Film bei KONY 2012 war sicher ein wichtiges Element, aber ebenso wichtig war die Einbettung in eine netzwerkzentrierte Kommunikationsstrategie und die lange «Offline»-Vorarbeit durch kontinuierliche Besuche an Schulen. Der Film bewegte, mobilisierte und forderte auf, selbst aktiv zu werden. Gleichzeitig wurden Wege aufgezeigt, wie man das machen kann. Direkt vor dem Bildschirm.

Die Macher kannten ihre Zielgruppe sehr gut, und sie kannten die medialen Mecha-

nismen in der neuen Öffentlichkeit. Der Film war technisch professionell umgesetzt, die Botschaft simpel und die Kampagne beschränkte sich auf ein einfaches Ziel: Kony muss gefasst werden. Damit Regierungen entsprechend aktiv wurden, musste hohe Aufmerksamkeit erzeugt werden. Die gewählte Strategie war ungewöhnlich, aber durchaus effizient: Die überwiegend junge Zielgruppe, am Anfang vor allem mit christlichem Hintergrund, sollte «ihre Stars» auf Twitter und auf Facebook auffordern, den Film und das Anliegen mit zu verbreiten. Wenn Tausende junge Fans ihre Idole wie Justin Bieber oder Lady Gaga auf Twitter auffordern, sich ihrem Anliegen anzuschließen, so das Kalkül, erhöht das die Chance, über diese einflussreichen Netzknoten gleich viele Millionen Nutzer zu erreichen.

Kann Kriegseinsatz ein Ziel sein?

Die Rechnung ging auf. Wie ein Wind fegte KONY 2012 durch das Netz und die mediale Welt. Aber sehr schnell wurde auch Kritik laut. Vor allem die Spendenpraxis von Invisible Children wurde thematisiert, die nur rund ein Drittel ihrer Einnahmen auch nach Uganda und in benachbarte Staaten weitergeben. Die meisten Gelder werden für Advocacy- und Medien-Arbeit in den USA verwendet. Das Ziel der Kampagne führte ebenfalls zu kontroversen Debatten: Ist die Unterstützung der ugandischen Armee, die nicht gerade als Bewahrerin von Menschenrechten bekannt ist, überhaupt wünschenswert? Können Kriegseinsätze grundsätzlich ein Ziel sein? Und ist die Jagd auf Kony überhaupt sinnvoll oder gibt es vor Ort nicht ganz andere Probleme, die es zu lösen gilt?

Auch die Vereinfachung und das Framing wurden Thema: Darf eine Kampagne so emotional vorgehen und damit auch Menschen manipulativ beeinflussen? Sind wir als Gesellschaften auf diese neuen medialen und rasanten Netzwerk-Mechanismen vorbereitet oder müssen wir noch lernen, damit umzugehen? Eine endgültige Antwort darauf gibt es noch nicht. Aber die Diskussion wurde jetzt begonnen, und darin liegt die eigentliche Bedeutung von KONY 2012 – auch wenn viele die Intention und Machart ablehnten.

Eines zeigte sich ebenfalls: Mit einer geschickten Strategie, einer einfachen Botschaft und einer guten Verpackung kann man viral sehr schnell sehr viele Menschen mobilisieren. Aber das Engagement wird dadurch nicht unbedingt nachhaltig. Den Nachfolgefilm, «KONY 2012: Part II. Beyond Famous», wo die Macher auf Kritik eingingen und das Thema am Leben erhalten wollten, sahen nur noch eine Million Menschen an. Ein Aktionstag mit geplanten Online- und Offlineaktionen fiel ins Wasser, weil sich niemand mehr dafür interessierte.

Man kann schon fast von Selbstheilungskräften im Netz reden: Einen Monat später interessierte das Thema deutlich weniger Menschen und Kony dürfte mittlerweile fast wieder aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden sein. Das könnte beruhigen. Traurig hingegen ist, dass afrikanische Konflikte damit allerdings auch aus dem Alltag vieler Menschen verschwunden, aber immer noch ungelöst sind. Vielleicht ist das auch zwangläufig so in einer Welt, in der man per Klick zum nächsten Konflikt weitergereicht wird.

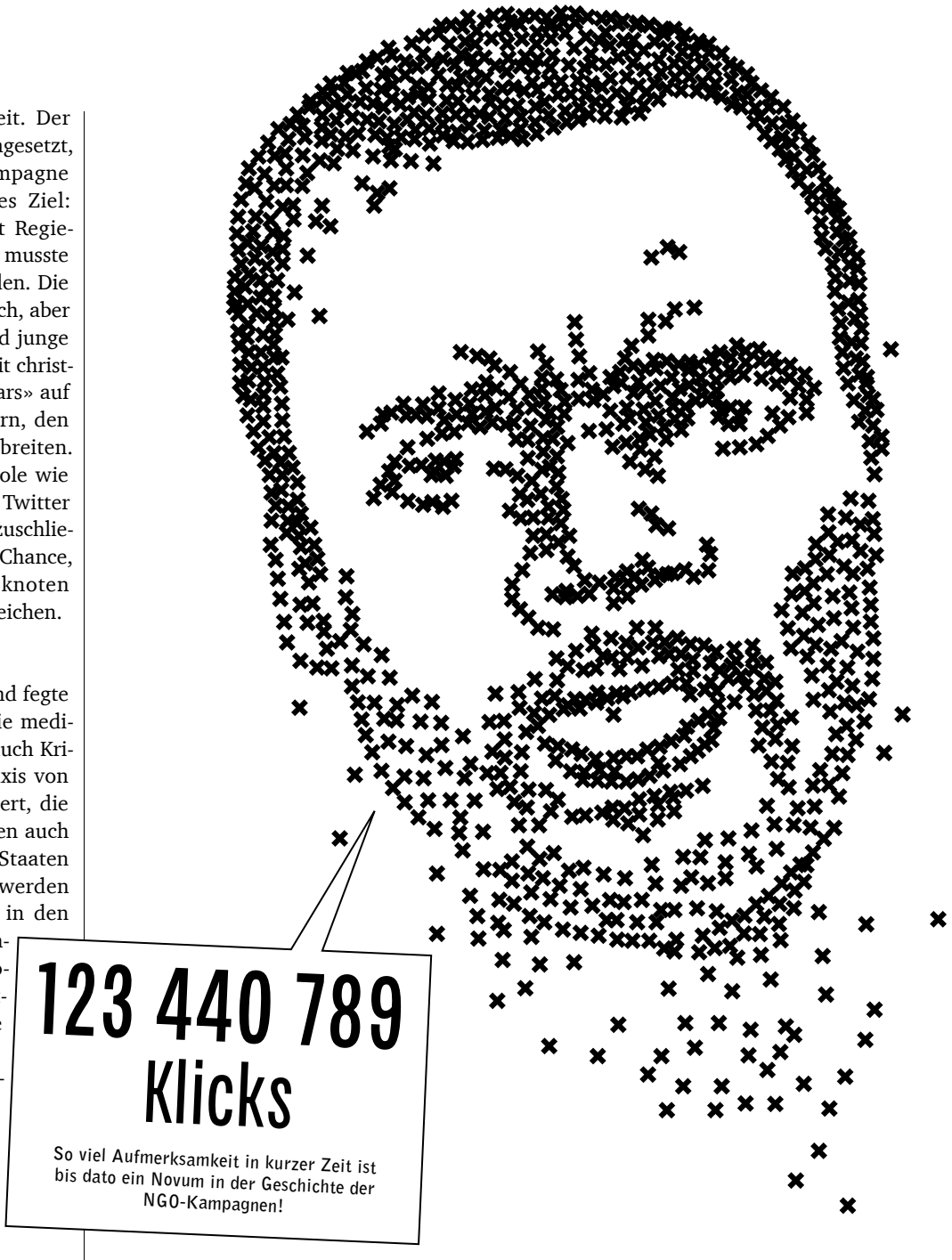


Illustration: Blotto Design

Markus Beckedahl beobachtet als Blogger auf netzpolitik.org die digitale Welt und engagiert sich als Vorsitzender des Digitale Gesellschaft e.V. für Menschenrechte im Netz. Er ist Partner der newthinking GmbH und Veranstalter der re:publica-Konferenzen.

#Yo Soy 132

Eine mexikanische Studentin bei den Protesten gegen Enrique Peña Nieto und die mediale Desinformationsstrategie im Wahlkampf

Bei der jüngsten Präsidentenwahl haben Studenten in Mexiko via Facebook und Twitter Zehntausende gegen den Kandidaten mobilisiert und mit einem Film die Regierung der Lüge entlarvt. Und das war erst der Anfang.

Wie ein kleines Video die mächtigen Medien besiegte

Von **Gabriel Medina**

Die Jugendbewegung *#YoSoy132* hatte sich mit einer Kraft ausgebreitet und mobilisiert, die das ganze Land überrascht hatte. Sie entstand innerhalb kürzester Zeit in der Phase der Präsidentschaftswahl an der Universidad Iberoamericana und breitete sich mit rasanter Geschwindigkeit über das ganze Land aus. Sie richtete sich vor allem gegen den Kandidaten der Revolutionären Institutionellen Partei (PRI), Enrique Peña Nieto, und gegen die Berichterstattung über ihn in den Medien. Zwischen dem 11. und 23. Mai 2012 nahm der Studentenprotest explosionsartig zu und steigerte sich bis zu den Wahlen am 1. Juli. Laut Informationen der Regierung von Mexiko-Stadt gingen allein in der Hauptstadt 46 000 junge Leute auf die Straße. Und etwa genauso viele Jugendliche waren es in Guadalajara, Monterrey, Tijuana, Puebla, Veracruz und anderen mexikanischen Städten.

Zweifellos war der Erfolg dieser Bewegung – die schnelle Organisation und Mobilisierung – auf die sozialen Netzwerke wie Twitter und Facebook zurückzuführen. Vor allem halfen sie, die Desinformationskampagne der wichtigsten mexikanischen Fernsehsender und anderer Medienketten zu enttarnen. Der Hintergrund: Studenten der Universidad Iberoamericana hatten den Kandidaten Peña Nieto bei einer Wahlkampfveranstaltung herausgeworfen. Die offiziellen Medien behaupteten daraufhin, dort seien gar keine Studenten gewesen, es habe sich um eine Inszenierung universitätsferner politischer Agitatoren gehandelt. Daraufhin drehten 131 Studierende der Iberoamericana ein kurzes Amateurvideo von elf Minuten Länge mit dem Titel → «131 Studenten der Ibero geben Antwort». Darin stellten sie sich als Studentinnen und Studenten besagter Universität vor, zeigten ihre Studentenausweise, nannten ihren Namen und ihre Immatrikulationsnummer und widerlegten die Mär, «angekarrt» worden zu sein. In Windeseile verbreitete sich dieses kleine Video über die sozialen Netze, und es gelang den Studenten, die von der PRI und der Medienindustrie inszenierte Operation zu konterkarieren. Die Empörung im Land schlug sich in einer explosionsartigen Ausbreitung des Protestes nieder.

Bis dato war die Politik den politischen Parteien sowie den Regierungsbehörden und -institutionen vorbehalten. Zum ersten Mal in der politischen Geschichte Mexikos hatten junge Männer und Frauen aus unterschiedlichen sozialen Schichten das Recht eingefordert, an den Entscheidungen beteiligt zu werden. Die sozialen Netzwerke haben ihnen einen Weg geebnet, sich einzumischen. Und sie haben das Zugehörigkeitsgefühl zu einer politischen Gemeinschaft junger Leute beiderlei Geschlechts gestärkt, die sich untereinander nicht kannten und doch geeint waren – geeint in der Aktion, die Mobilisierungsaufrufe, Verlautbarungen und Nachrichten der Bewegung *#YoSoy132* immer wieder neu zu posten.

Mit dem Sieg von Enrique Peña Nieto ist es gut möglich, dass die PRI die politische Praxis wieder aufnimmt, die sie bereits 70 Jahre lang ausübte: die politische Dissidenz einzuverleiben und/oder zu unterdrücken. Das wird die Bewegung noch vor große Herausforderungen stellen. Sie muss sich noch mehr ausweiten und eine starke horizontale Organisation schaffen, mit jungen Leuten, die aus unterschiedlichen Sozialschichten kommen.

Je mehr die Bewegung aber zusammenwächst, desto wahrscheinlicher wird es, dass sie darauf drängt, das Institutionenwesen des Landes zu verändern und die in der politischen Kultur der mexikanischen Gesellschaft vorherrschende Korruption auszumerzen. Einige gesellschaftliche Gruppen sehen bereits jetzt in der Leidenschaft und Einsatzbereitschaft, mit der diese jungen Leute für ihre Ziele kämpfen, den Keim einer politischen Zukunft – verknüpft mit der Hoffnung, Schranken setzen zu können und einen Wandel herbeizuführen.

Gabriel Medina ist Forschungsdozent an der Universidad Autónoma in Mexiko-City und Sekretär für Organisationsfragen des Iberoamerikanischen Beirats für Jugendforschung. Über die Situation Jugendlicher in Mexiko hat er verschiedene Texte veröffentlicht und Vorträge in mehreren Ländern Lateinamerikas gehalten.

→ Die Zahl 2 im Namen der Bewegung *#YoSoy132* steht symbolisch für jeden, der sich nach diesem Video der 131 Studenten der Bewegung angeschlossen hat.

Foto: Claudia Guadarrama/Polaris/laif

Digitiale Kampagnen

Chiranuch Premchaiporn ist Mitbegründerin und Leiterin der regierungskritischen und unabhängigen thailändischen Netzzeitung Prachatai («Free People»). Wegen Königsbeleidigung wurde sie angeklagt und verurteilt – aber nicht zum Schweigen gebracht.

Rank 137

belegt Thailand zurzeit auf dem Index für Pressefreiheit 2011 (Reporter ohne Grenzen). Die thailändische Regierung unterdrückt unabhängigen Netzjournalismus mittels Artikel 112 des Strafgesetzbuches; dieser schützt die königliche Familie vor Majestätsbeleidigung, auch «lèse majesté» genannt, ist jedoch so vage formuliert, dass er viel Spielraum für Interpretation lässt. Allein im Jahr 2010 wurden 38 868 Internetseiten geschlossen und in vielen Fällen der verantwortliche Betreiber angeklagt.

Der Funke springt über

Interview: **Marisa Elisa Schlacher**

Marisa Elisa Schlacher: Frau Chiranuch Premchaiporn, Sie glauben an den demokratischen Nutzen des Internets – warum?
Chiranuch Premchaiporn: Immer mehr Menschen gehen hier in Thailand online und beteiligen sich an politischen Diskussionen. Das Internet lebt vom kollektiven Austausch der Nutzerinnen und Nutzer; es hat also als Medium selbst schon eine demokratische und dezentralisierte Form.

In Thailand wurde die Meinungs- und Medienfreiheit in den vergangenen Jahren aber immer weiter eingeschränkt.
In der Tat: Staatliche Zensur und sehr restriktive Gesetze begrenzen die Möglichkeiten, das Internet zu nutzen. Dazu kommt, dass das Internet in diesem Land noch relativ wenig verbreitet ist.

Auch deswegen wird in der Debatte um das demokratische Potenzial des Internets oft die Kluft zwischen Online- und Offlineaktivität beklagt. Was sagen Sie dazu?
Ich bin davon überzeugt, dass Onlineaktivität sehr wohl dazu beitragen kann, dass sich auch außerhalb des Netzes Bewegungen formieren. Der Funke kann überspringen. Ein Beispiel: Nach dem Coup im Jahr 2006 in Thailand dauerte es nur einen Tag, bis sich Gruppen zum Protest formiert hatten. Früher hätte das mehrere Tage oder sogar Monate gedauert. Und diese ersten Gruppen, wie zum Beispiel «Saturday People Against Dictatorship», haben sich über das Internet kennengelernt und haben dann gemeinsame Aktionen geplant. Eine Gesellschaft verändert sich, wenn eine kritische Masse bereit ist und neue Ideen in sich trägt. Und die kann sie auch über das Internet vermitteln.

Thailand ist momentan in einer schwierigen politischen Krise. Kann das Internet, kann Prachatai eine Plattform sein, um einen Prozess der Aussöhnung zu unterstützen?
«Reconciliation» oder Aussöhnung, das bedeutet ja nicht: vergeben und vergessen. Es bedeutet, dass alle Seiten die Chance bekommen, ihre Meinung zu sagen. Und Prachatai beleuchtet vor allem die Geschichten von Menschen, die von anderen Medien vernachlässigt werden. Ich will dem Internet nicht zu viel Gewicht beimessen, aber es ist in jedem Fall eine Plattform, auf der sich alle Beteiligten auseinandersetzen können.

Das Gesetz in Thailand macht jeden Internet Service Provider und Betreiber von Webseiten für die Inhalte verantwortlich und droht mit hohen Gefängnisstrafen. Auch Sie wurden angeklagt und verurteilt. Sie arbeiten weiter – haben Sie keine Angst?
Die Anwendung dieses Gesetzes ist sehr selektiv. Niemand weiß, ob es ihn treffen wird oder nicht. Wenn wir Informationen im Internet kommunizieren, ist das natürlich mit einem Gefühl der Angst verbunden. Viele Gruppen entscheiden sich deshalb, in den Untergrund zu gehen.

Wie werden Sie sich schützen?
Prachatai will weiterhin transparent arbeiten. Aber wir mussten das Webboard schließen. Als Webmaster bin ich gesetzlich verpflichtet, jeden auf der Seite gepostenten Inhalt auf Rechtmäßigkeit zu prüfen. Und ich bin letztlich verantwortlich, ob ich den Inhalt kenne oder nicht. Das konnte ich bei den vielen Beiträgen einfach nicht mehr leisten.

Seit vielen Jahren setzen Sie sich auch für Frauenrechte ein. Welche Rolle können Online-Medien hier spielen?
Die Mainstream-Medien schließen bestimmte Gruppen aus, ihre Vorstellungen finden keinen Platz. Wenn es um Genderthemen geht, dann wurde das vor den Zeiten des Internets im medialen Mainstream meist von «Experten» diskutiert, es war der Versuch, eine «Subkultur» von außen zu erklären. Das Internet gibt all diesen Gruppen jetzt die Möglichkeit, selber das Wort zu ergreifen. Das ist eine große Chance, Stereotype aufzulösen.

Chiranuch Premchaiporn ist Direktorin und Webmasterin von Prachatai, einer alternativen Thai News-Website, die 2004 gegründet wurde. Sie ist auch Mitbegründerin von Thai Netizen Network, einer Gruppe, die sich für Rechte im Zusammenhang mit digitalen Medien einsetzt. 2011 gewann sie den «Courage in Journalism Award» der International Women's Media Foundation für ihre Arbeit und ihren persönlichen Einsatz im Bereich Medienfreiheit. Im selben Jahr gewann sie auch den Human Rights Watch «Hellman/Hammet Award». Sie lebt und arbeitet in Bangkok.

Marisa Elisa Schlacher studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Im Sommer 2012 war sie Praktikantin bei der Heinrich-Böll-Stiftung im Bangkoker Büro, wo sie beim Media for Democracy Programme mitgearbeitet hat.

Grafik: Blotto Design

Digitale Medien und Alltag

Lange wusste in Kibera niemand, wo der nächste Arzt wohnt, wo es sauberes Wasser gibt und welche Gegenden für Frauen besonders gefährlich sind. Jugendliche haben jetzt alle wichtigen Orte ihres Slums auf einer digitalen Karte erfasst – und ihn so sicherer und menschenwürdiger gemacht. Sogar Abzockern wurde das Handwerk gelegt.

Ein weißer Fleck wird bunt

Von **Katrin Zinoun**

Kibera im Südwesten von Nairobi ist vermutlich einer der größten Slums in Afrika. Wie viele Menschen dort leben, weiß keiner so genau, für jedermann sichtbar sind dagegen die Probleme, mit denen sie zu kämpfen haben: Sie haben kein sauberes Wasser, kein funktionierendes Abwassersystem und keine Abfallentsorgung – und sie bekommen die Kriminalität nicht in den Griff. Daten über diese Zustände gab es lange nicht, auch keine Wegweiser zu Kliniken, Geschäften, zur Polizei oder sozialen Anlaufstellen. Und das wiederum verschlechterte die ohnehin miserable Lage. «Kibera war ein weißer Fleck auf der Landkarte, warum also sollte irgendjemand hier etwas investieren?», sagte Kepha Ngito, Direktor des Projektes Map Kibera Trust, zu → Global Voices.

Das Projekt wurde geboren, als im Jahr 2009 dreizehn Jugendliche im Umgang mit einem GPS-Gerät und der OpenStreetMap-Software geschult wurden. Das nämlich brachte sie auf die Idee, ihren Slum in einer für alle im Netz zugänglichen Karte zu erfassen. Nun wissen die Menschen, wo sie Toiletten finden, welche Straßen beleuchtet sind, wo sie etwas kaufen können. Da viele von ihnen keinen Internetzugang haben, wird die digitale Karte auch gedruckt. Mundpropaganda tut ein Übriges, dass alle informiert werden.

Neben der sogenannten Map Kibera Trust gibt es mittlerweile zwei weitere Projekte. Zum einen die Voice of Kibera: Mithilfe einer Ushahidi-Plattform können Einwohner des Slums der «Voice» Informationen per SMS zusenden – über Unfälle, Verbrechen, Krankheiten. Sie werden später von einem Team von Redakteuren geprüft und mit der Verortung auf der Karte veröffentlicht.

Zum anderen gibt es das Kibera News Network (KNN): Es informiert in seinem YouTube-Kanal über die Geschichten, die ihm von den Slumbewohnern zugetragen werden und recherchiert sie weiter. Auch dieses Projekt bezieht alle mit ein, die nicht online sein können, und zeigt die Filme in sogenannten Video Halls. Besonders erfolgreich war ein Projekt zur Wasserknappheit: Händler begannen, sehr hohe Preise für Wasser zu verlangen, ein Film von KNN informierte darüber und plötzlich diskutierten auch die Behörden das Problem. Seitdem wird Wasser zu einem wesentlich geringeren Preis verkauft. So haben zwei recht einfache Instrumente, die geografische Information und frei zugängliche Daten dabei geholfen, die Lebenssituation der Menschen in den Slums deutlich zu verbessern.

Katrin Zinoun ist freie Autorin, Lektorin und Übersetzerin. In ihrem Blog dialogtexte.de beschäftigt sie sich mit Fragen der Globalisierung und des Kulturdialoges. Als Lingua Editor für Global Voices hilft sie dabei, Nachrichten, die es nicht auf Titelseiten schaffen, für deutschsprachige Leser zugänglich zu machen.

→ Global Voices ist ein globales Netzwerk von Bloggern und Übersetzern, die Debatten aus Blogs und Bürgermedien zusammenfassen und übersetzen, sodass sie möglichst vielen Menschen in den unterschiedlichsten Sprachen zugänglich sind. Dabei wird besonderer Wert auf die Stimmen gelegt, die normalerweise nicht in den Mainstream-Medien gehört werden.

http://globalvoicesonline.org.

«Ich kann andere ermuntern»

Lucy Fondo arbeitet seit drei Jahren bei Map Kibera (http://mapkibera.org). Ihre Lebensbedingungen haben sich seither deutlich verbessert.

Katrin Zinoun: Was genau machen Sie bei dem Projekt?

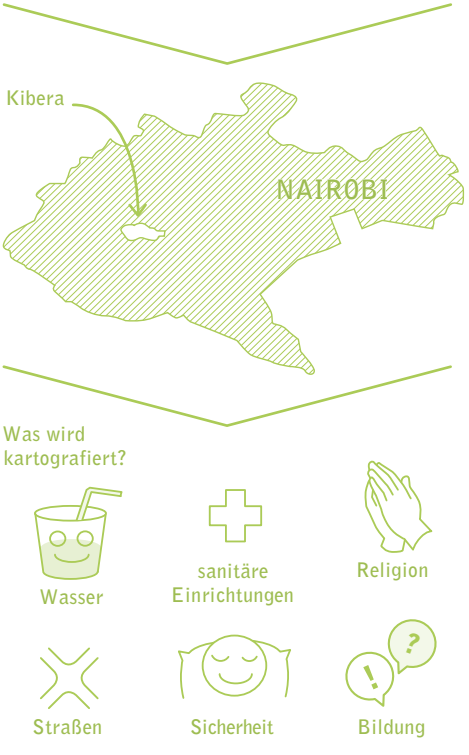
Lucy Fondo: Ich arbeite als GPS-Kartografin und erfasse verschiedene Einrichtungen und Institutionen in einer Gemeinde, abhängig von den Bedürfnissen der Gemeinde.

Wie hat das Projekt Ihr Leben verändert?

Ich habe Arbeit! Und ich bin sehr viel selbstbewusster geworden und zeige auch anderen Frauen, wie wichtig es ist, etwas von dieser Technologie zu verstehen.

Wie profitieren die Slumbewohner von den Projekten?

Sie wissen jetzt, wo sie bestimmte Einrichtungen finden und wo sie ihre Rechte einfordern können. Und die Behörden schauen ganz anders hin. Allein weil die Wasserversorgung geografisch erfasst wurde, sind die Wassertanks nun gleichmäßig in Kibera verteilt. Frauen wissen jetzt, wo es häufig zu Übergriffen kommt. Und sie erfahren, wo sie Hilfe bekommen und wo sie darüber berichten können.



Grafik: Blotto Design; Foto: Rezwan

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Foto: Sven Torfinn/laif

Einer recht simplen Technik ist es zu verdanken, dass arme Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Kenia an das nationale Finanzsystem angeschlossen werden und sich sogar einen Anspruch auf Kleinkredite erwirtschaften können.

Mit dem Handy gegen den Hunger

Von **Ute Straub**

In Kenia leben die meisten Menschen auf dem Land, 74 Prozent von ihnen verdienen ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, andere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es kaum. Obwohl die Kleinbauern 80 Prozent der kenianischen Agrarproduktion erbringen, leben 52 Prozent von ihnen unter der Armutsgrenze. Nur wenige haben einen Zugang zu Finanzdienstleistungen und Mikrokrediten. Banken gibt es meist nur in Städten, ganz abgesehen davon können viele die formalen Anforderungen für ein Konto nicht erfüllen.

Allerdings haben viele von ihnen inzwischen ein Mobiltelefon, und damit hat sich auch im öffentlichen Finanzsystem einiges verändert. Mit dem Anschluss eines Großteils der Dörfer an das Mobilfunknetz hat sich das Handy in den vergangenen Jahren nicht nur als Kommunikationsmittel etabliert, sondern auch zum bargeldlosen Zahlungsmittel weiterentwickelt.

Im Jahr 2007 wurde durch eine gemeinsame Initiative des Telefonanbieters Safaricom und der kenianischen Equitybank das System M-Pesa (Pesa bedeutet «Geld» auf Suaheli) entwickelt. Es ermöglicht den Menschen, Geld zu überweisen, ohne ein eigenes Konto zu besitzen. Das System ist denkbar einfach: Sie zahlen einen bestimmten Betrag bei einem der zugelassenen Händler ein und schaffen sich so ein Guthaben. Wenn sie etwas bezahlen wollen, geben sie dem Händler die Handynummer des Empfängers an, der dann per SMS informiert und aufgefordert wird, die Summe bei ihm abzuholen. Landesweit gibt es inzwischen zirka 28 000 dieser Händler, die zum Teil bei Supermärkten oder in abgelegenen Gegenden in einer kleinen Bretterbude angesiedelt sind. Für ihre Dienste nehmen sie eine kleine, erschwingliche Gebühr.

Selbst Überweisungen von kleinsten Beträgen werden so rentabel und ermöglichen auch armen Bevölkerungsschichten den Zugang zum nationalen Finanzsystem. Inzwischen nutzen etwa 14 Millionen Kenianerinnen und Kenianer M-Pesa, das ist mehr als ein Drittel der Einwohner Kenias. Manche Analysten gehen davon aus, dass diese legalen Geldströme in ländlichen Regionen zu 30 Prozent höheren Einkommen geführt haben.

Weil M-Pesa so erfolgreich war, wurde das System vor zwei Jahren weiterentwickelt. Mit M-Kesho (Suaheli für «Geld für die Zukunft») können die Kenianerinnen und Kenianer nun auch verzinste Sparkonten anlegen, und später auch kleine Kredite bekommen.

Das alles ist ein großer Erfolg. Doch allein der Zugang zum Finanzsystem mit Krediten und anderen Finanzdienstleistungen wie zum Beispiel Versicherungen stellt noch nicht sicher, dass das Geld sinnvoll investiert werden kann und nicht neue Abhängigkeiten schafft. So braucht es zum Beispiel Infrastruktur, damit die Kleinbäuerinnen und -bauern ihre Ernte auch in entferntere Städte transportieren oder sie fachgerecht lagern können. Auch brauchen sie Unterstützung bei der Frage, wie sie ihre Landwirtschaft an die Folgen des Klimawandels anpassen und welche ökologisch nachhaltigen Anbaumethoden langfristig höhere Erträge sicherstellen als die übermäßige Nutzung von Düngemitteln. Erst dann wird es möglich sein, die Kleinbäuerinnen und -bauern dauerhaft aus der Armutsfalle zu befreien.

Ute Straub ist Referentin für Internationale Agrarpolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin.

Wafa' Abdel Rahman hat in Palästina die Medien-NGO Filastiniyat für Jugendliche und Frauen gegründet. Ihre Devise: Die Neuen Medien nutzen, die alten aber nicht aus den Augen verlieren. Gerade gründet sie eine feministische Nachrichtenagentur.

«Wunderbare Analystinnen der Gesellschaft»

Interview: **Johannes Manz**

Johannes Manz: Wie nutzt → Filastiniyat digitale Medien und soziale Medien für ihre Arbeit?
Wafa' Abdel Rahman: Wir beobachten die herkömmlichen Medien wie Tageszeitungen und TV – und analysieren, inwieweit ihre Berichterstattung über Männer und Frauen voreingenommen ist. Nach dem Aufkommen der sozialen Medien war Filastiniyat eine der ersten palästinensischen Organisationen, die sich darauf spezialisiert haben. Auch wenn Blogs, Facebook, Twitter oder YouTube gute Plattformen sind, um unsere Ideen zu verbreiten oder zu mobilisieren, dürfen wir nicht den Fehler machen, die konventionellen Medien für unsere Arbeit aus den Augen zu verlieren. Momentan arbeiten wir gerade intensiv an der Errichtung und Einführung einer feministischen Nachrichtenagentur.

Wie unterstützen Sie insbesondere Frauen in Ihren Projekten?
Mittlerweile liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit bei den sozialen Medien. In unserem Journalistinnenklub sind ungefähr 170 Journalistinnen, die Gruppen auf Facebook gründen oder twittern, um zum Beispiel Frauen, die von den Israelis inhaftiert wurden, zu unterstützen. Sie arbeiten Teilzeit für Filastiniyat und können so Arbeitserfahrung sammeln. Zusätzlich unterstützen wir sie im Online-Marketing, um ihre Aussichten auf Jobs – gerade auch im Hinblick auf die Konkurrenz zu männlichen Bewerbern – zu erhöhen.

Was sagen die Frauen über ihre Arbeit – was ist ihnen daran besonders wichtig?
Eine Frau aus unserem Netzwerk erzählte mir, dass es ihr sehr viel bedeutet, dass sie bei ihrem Blog von keinem Chefredakteur zensiert wird und Sätze formulieren kann, die ihr nicht durchgestrichen werden, nur weil sie – aus Sicht der konservativen Gesellschaft – zu progressive Ansichten vertritt. Eine andere Frau aus dem Gazastreifen sagte, dass sie anonym über soziale Phänomene, über Religion oder über Politik schreiben kann, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, direkt von der Gesellschaft oder den Parteien angegriffen oder denunziert zu werden.

Können Sie uns ein Beispiel für ein heikles Thema geben?
Kürzlich berichtete mir eine Frau von ihrer Recherche über drogenabhängige Frauen. Dass jemand über dieses Thema in Palästina schreibt, war mir bis dahin noch nicht begegnet – es ist ein absolutes Tabu. Wenn über Drogenabhängigkeit in den Medien diskutiert wird, dann nur im Zusammenhang mit Männern. Das zeigt, dass sich mit den sozialen Medien insbesondere für Frauen ganz neue Räume eröffnen.

Werden bestimmte Themen in den sozialen Medien vor allem von Frauen diskutiert?
Zuallererst ist die palästinensische Gesellschaft, auch die der Frauen, keine geschlossene Einheit. Wird zum Beispiel eine Facebook-Gruppe über Frauenrechte gegründet, so gründen sich oft Gegeninitiativen auf Facebook, darunter auch von Frauen selbst. Viele von ihnen glauben, dass aufgrund der Scharia Frauen nicht gleichberechtigt sind. Aber solche Debatten können fruchtbar sein. Mich stören die verschiedenen Meinungen nicht, solange sie nicht in gewaltsame Aktionen übergreifen. Ich befürworte grundsätzlich, dass gesellschaftliche Perspektiven jetzt viel häufiger diskutiert werden, vor allem unter Frauen – sie sind in den sozialen Medien sehr viel aktiver als die Männer. Sie sind übrigens sehr stark in ihrer Argumentation. Und es ist sehr schade, dass es bisher kaum Tageszeitungen gibt, in denen sie ihre Ansichten vertreten können, obwohl sie wunderbare Analystinnen der Gesellschaft sind.

Wafa' Abdel Rahman hat in Palästina die Medien-NGO Filastiniyat für Jugendliche und Frauen gegründet. → Filistiniyat kämpft dafür, dass ihre Stimmen in den Medien – herkömmlichen wie digitalen – gehört werden, und bildet Journalistinnen in der Nutzung der sozialen Medien aus.

Johannes Manz studierte Islamwissenschaften und Neuere Geschichte in Freiburg, Zürich und Berlin und arbeitete als Praktikant bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah (www.ps.boell.org).

Foto: privat

Die Gruppe «Pussy Riot» erregte mit ihren spektakulären Kunstaktionen international Aufmerksamkeit und musste gleichzeitig erfahren, dass sie im eigenen Land auf vergleichsweise wenig Zustimmung stößt. Aber ihre Bilder im Netz wurden millionenfach angeklickt und weiterverbreitet.

Was Putins rebellische Frauen ins Rollen brachten

Von **Annette Maennel**

↑ Zuletzt reagierte Putin mit einer drastischen Netzzensur.

Alle Messen über die Frauen-Punkband Pussy Riot sind gesungen. Inzwischen wurde das Urteil trotz internationaler Proteste und des Tattoos auf Madonnas Rücken am 10. Oktober vom Moskauer Stadtgericht, der Berufungsinstanz, über die beiden Frauen Nadeschda Tolokonnikowa (22) und Marija Aljochina (25) – beide Mütter von kleinen Kindern – bestätigt. Ab ins Lager. Weit weg von ihren Familien und den Kleinen. Und das in einem Land, in dem noch nie zimperlich mit vermeintlich Abtrünnigen umgegangen wurde. Für die Dritte im Bunde, Jekaterina Samuzewitsch (29), ging es glimpflicher aus. Ihre Strafe wurde in zweiter Instanz zur Bewährung ausgesetzt, nachdem sie ihre Verteidigerin und die Strategie gewechselt hatte. Auf den Punkt gebracht: Sie musste erst lügen – also die Anklage anerkennen, und dann beweisen, dass sie es gar nicht bis auf die Kanzel geschafft hatte. Danach durfte sie auf Milde hoffen.

Der schrille Guerilla-Auftritt von Pussy Riot in der bedeutendsten Kathedrale Moskaus wurde vom Gericht nicht als politische Aktion verurteilt, sondern als «Rowdytum aus religiösem Hass». Damit wurde nicht nur die drakonische Strafe gerechtfertigt, das ist auch eine Ohrfeige für die Rebellinnen, die am 21. Februar 2012 – kurz vor den Präsidentschaftswahlen – Vladimir Putin in ihr Punkgebet aufgenommen und in der Christi-Erlöser-Kathedrale gesungen hatten: «Gottesmutter, vertreibe Putin». Es war ihr Gig gegen Putins Rückkehr als Präsident in den Kreml, den sie aus vollsten Herzen hassen und als sexistisch verurteilen. Und es war ihre laute Antwort auf die enge Verbindung zwischen dem Staat und der russisch-orthodoxen Kirche. Es war eine politische Aktion an zwei Adressaten.

Sie kamen immer blitzschnell in neonfarbenen, eng anliegenden Kleidern und Strumpfhosen. Mit bunten Hauben, als Strumpfmasken übers Gesicht gezogen, brüllten sie ihre Texte im Takt zur E-Gitarre, um nach dem Filmen der Aktion schleunigst von der Bildfläche zu verschwinden. Was sie eint? Sie haben eine Meinung, die sie lautstark und ohne Angst verkünden. Sie bezeichnen sich als Feministinnen, und ihre Aktionen verstehen sie als Kunst.

Sieht man sich auf YouTube die Videos von Pussy Riots Auftritten an, fällt auf, dass ihnen nur wenige Menschen direkt zuschauen. Ob es nun auf dem Roten Platz ist, auf dem sie die lila Fahne mit einer geballten Frauenfaust schwenken, oder auf dem Dach eines Gefängnisses oder in der besagten Kirche. Wer also sollte sich vor einem Muschi-Aufstand fürchten? Aber die Bilder werden hunderttausend- bis millionenfach angeklickt und weiterverbreitet. Damit wird öffentlich, wie aufbegehrt wird von wachen, unruhigen Frauen einer neuen Generation, die nichts mehr mit der alten Sowjetunion oder den Wendejahren verbindet, weil sie diese Zeit gar nicht kennen. Und das ist weder rückhol- noch steuerbar.

Der Staat reagierte kühl und die Kirche wütend auf diese Aktion und forderte harte Strafen. Für Nadeschda Plungjan, Kunstwissenschaftlerin, Feministin und Bloggerin, steht außer Zweifel, dass Pussy Riot nicht nur für ihre politische Meinung weggesperrt wurden, sondern auch, weil sie Frauen sind – «Frauen, die die sozial vorgegebenen Grenzen des Zulässigen überschritten haben.» Was folgte, kam einer Hexenjagd gleich, die einerseits die Frauen zu Ikonen des Protests gemacht hat, andererseits Putin als Sieger hervorgehen ließ. Unmissverständlich gab er der Opposition zu verstehen, wie im demokratischen Russland mit Andersdenkenden umgegangen wird. Auch halten dem unabhängigen Institut Levada zufolge 70 % der Russen das Strafmaß für angemessen oder zu leicht, nur 14 % finden es zu hart. «Das, was sich Pussy Riot in dieser Kirche geleistet haben, geht nicht, das gehört sich nicht. Es gibt genügend andere Orte, an denen man auftreten kann.» Das wird einem immer wieder auch von den Menschen gesagt, die dem Urteil kritisch gegenüberstehen. Putins größter Stich in dieser Sache ist, dass nach dieser großen Aufmerksamkeit, den monatelangen Diskussionen um diesen banalen Anlass ein neues Bild von der Opposition verbreitet wird: Seht her, das sind sie: krakeelende, unverschämte, gotteslästernde Menschen.

Anti- und Pro-Pussy-Riot-Demonstranten zeigen die Spaltung der russischen Gesellschaft.

51 sek dauerte die Performance der Pussy Riots in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale

Das wird sie und andere nicht aufhalten, auch wenn Putin derzeit mit dem Zensurgesetz die Grundlagen dafür schafft, den verbliebenen Freiraum im Internet zu kontrollieren.

Annette Maennel leitet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung.

Fotos: Jeremy Nicholl/laif; Nuria Fatykhova (Lizenz: CC-BY-SA); Sergei Guneyev/Ria-Novosti/Redux/Redux/laif

Digitale Medien und Alltag

Die sozialen Medien verändern den Journalismus radikal. Immer häufiger korrigieren Leserinnen und Leser die Artikel, reichern sie mit Informationen an. Doch nicht nur das: Menschen auf der Straße werden selbst zur Quelle oder kuratieren und filtern am heimischen Rechner das, was über die Kanäle der sozialen Medien an Information herangespült wird.

Der Leser schreibt mit

Von **Markus Reuter**

Im vergangenen September stellt sich ein Madrider Restaurantbesitzer vor seine Eingangstüre und hält Polizisten davon ab, auf Demonstranten, die Schutz im Inneren gesucht hatten, einzuschlagen. Das Bild des aufgebrachten Mannes, der sich mit den Demonstrierenden solidarisiert, ist kurz darauf auf den Webseiten der spanischen Zeitung *El Pais* mit folgender Bildunterschrift zu sehen:

«Der Besitzer eines Restaurants bietet Demonstranten die Stirn, die Gegenstände auf sein Lokal werfen.»

Nur ein paar Momente nach der Veröffentlichung regt sich erster Protest in den Kommentaren der El-Pais-Webseite. Plötzlich tauchen auf Twitter Bilder auf, die klarstellen, dass der Restaurantbesitzer sich schützend vor die Demonstranten gestellt hatte. Auf einem ist zu sehen, wie eine Demonstrantin den Mann nach der Aktion auf die Wange küsst. Diese Bilder werden in den Kommentaren verlinkt. Etwas später sieht sich El Pais gezwungen, die Bildunterschrift so zu ändern, dass sie dem tatsächlich Geschehenen entspricht:

«Der Besitzer eines Restaurants will Demonstranten schützen, die sich im Innern seines Lokals sammelten.»

Leserinnen und Leser wirken mit ihren Beobachtungen, Fotos und der lautstarken Kritik in Kommentaren oder auf Twitter als Korrektiv für die Berichterstattung. Sie stellen Fehler richtig, äußern Unmut über einseitige Darstellungen oder darüber, was in die Tagesschau kommt und was nicht (www.spiegel.de/netzwelt/web/shitstorm-kritik-an-der-tagesschau-wegen-spanien-berichterstattung-a-858397.html). Sie geben den Journalistinnen und Journalisten Feedback für ihre Artikel und bieten alternative Sichtweisen und Realitäten.

Soziale Netzwerke und nutzergenerierte Nachrichten verändern den Journalismus. Nicht nur die Einbahnstraße klassischer Medien ist vorbei, vielmehr entsteht eine Form des ergänzenden Journalismus, der zunehmend Grenzen zwischen dem Journalismus der Profis und dem der Amateure verwischt.

Markus Reuter ist Internetreferent der Heinrich-Böll-Stiftung. Er hat zuvor als freier Journalist gearbeitet und schreibt regelmäßig für verschiedene Blogs.

Der Leser als Quelle, Korrektiv und Kurator

Dieser Prozess hat mehrere Facetten: Erstens werden die Bürgerinnen und Bürger vermehrt zu Quellen des Journalismus, zweitens zu einem korrigierenden Faktor, drittens zu Faktensammlern und Rechercheuren und viertens zu Kuratoren von Inhalten und Quellen.

Für den ersten Aspekt gibt es ein schönes Beispiel: Als in New York im Januar 2009 ein Flugzeug in den Hudson River stürzt, ist es Janis Krums, der von einer Fähre aus ein Foto an der Unglückstelle macht und es über Twitter verbreitet. Medien nehmen das Foto und die Geschichte dankbar auf, denn schneller als Krums ist niemand vor Ort gewesen.

Die wohl beeindruckendste Kraft entwickeln soziale Medien jedoch bei Großereignissen, bei denen viele Menschen mit dem eigenen Smartphone unterwegs sind. Gerade bei den revolutionären Ereignissen in der arabischen Welt reicherten die wackligen Videos und selbstgemachten Handyfotos die Berichterstattung an. In Ländern wie Syrien sind sie bis heute oft die einzige Bildquelle der Ereignisse.

Das Problem bei Großereignissen ist die Flut der Informationen, die über die unterschiedlichen Kanäle des Netzes – auf Facebook, YouTube, Twitter oder Flickr – über uns hereinbricht. Was nützen all die Augenzeugenberichte, Fotos und Videos, wenn es niemanden gibt, der sie einordnet?

Wenn also Tausende Twittermeldungen in der Stunde eingehen, pro Tag Hunderte Demo-Videos auf YouTube geladen werden und Tausende Bilder auf Facebook gepostet werden, dann braucht es Leute, die diese Informationen filtern und aufbereiten. In Ägypten waren es die Bloggerinnen und Blogger, die als Vorfilter und Kontaktpersonen für den Sender Al Jazeera wirkten. Erste Kontakte zum Sender waren auf dem arabischen Bloggertreffen 2009 in Beirut entstanden. In der konkreten Krisensituation konn-

Fotos: Daniel Ochoa De Olza/AP

ten die Bloggerinnen und Blogger nun dem Sender eine wichtige Hilfestellung für die Berichterstattung geben: Sie fungierten als Vorfilter, verifizierten Nachrichten und konnten die Absender von Tweets und Videos als glaubwürdig oder unglaubwürdig einstufen. In dieser Funktion halfen sie, die Bilder der Revolution aus Perspektive der Bürger weltweit medial zu verbreiten.

Den großen Durchbruch erlangte auch das Kuratieren von Nachrichten aus sozialen Medien und Netzwerken mit der Arabischen Revolution. Einzelne Personen wie der Journalist Ahmed Al Omran (twitter.com/ahmed) kuratierten via Twitter monatelang Videos aus Syrien und versuchten sie einzuordnen: Wo ist die Aufnahme wann entstanden und was zeigt sie? Al Omran war eine wichtige und zuverlässige Quelle von kuratierter – und damit wertvoller – Information über Angriffe auf die syrische Zivilbevölkerung.

Zum Kuratieren eignen sich eigene Blogs, Twitter und in Teilen auch Facebook. Insbesondere Blogs bieten oftmals eine Informationstiefe und Bündelung von Information, die man in klassischen Medien – auch wegen der immer noch vorhandenen Angst, nach außen zu verlinken – noch nicht kennt. Mittlerweile sind neben Blogs und Twitter zahlreiche weitere Plattformen entstanden, die das Kuratieren von Information in Echtzeit unterstützen sollen, wie etwa Scoop.it, Crowdvoice.org oder Storify.com.

Der englische *Guardian* hat es vorgemacht

Doch wie reagiert der klassische Journalismus auf diese neue Entwicklung? Während im angelsächsischen Raum die neuen Chancen schon genutzt werden, tun sich deutsche Medien mal wieder schwer. Vorherrschend ist immer noch die Sicht auf den Medienkonsumenten als tumben Bild-Leserreporter, dem man für ein paar Euro ein Unfallfoto abjagen kann.

Dabei kann schwarmgestützter Journalismus viel mehr. Der englische *Guardian* hat vorgemacht, wie Informationen aus sozialen Medien in Liveblogs verarbeitet werden können, ohne dass die Glaubwürdigkeit des Blattes leidet. Die Zeitung hat sogar eine Open-Journalism-Kampagne gestartet und mit dem Werbevideo einen Löwen in Cannes abgeräumt (www.youtube.com/watch?v=vDGrfhJH1P4). Dabei sieht das Blatt den offenen Journalismus besonders für zwei Felder als wichtig an: für den investigativen Journalismus und für sogenannte Breaking-News-Szenarien.

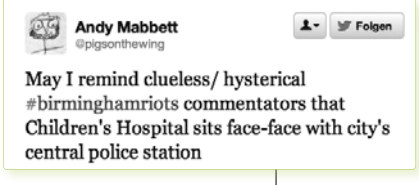
Beim *Guardian* hat man beispielsweise angefangen, die Ausgaben der Parlamentsabgeordneten von Leserinnen und Lesern untersuchen zu lassen, um so die Rechercheaufgaben auf mehr Schultern zu verteilen (www.guardian.co.uk/politics/mps-expenses). In einem anderen Projekt des *Guardian* haben Vorreiter eines neuen Journalismus wie Paul Lewis unter Einbeziehung der Leser, Twitter, YouTube, Datenauswertungen und vielem mehr ein komplexeres Bild der Unruhen in England 2011 gezeichnet (www.guardian.co.uk/uk/series/reading-the-riots).

Hier kann man dank einer interaktiven Grafik u.a. auch dem Verlauf von Fehlinformationen via Tweets folgen: «How riot rumours spread on Twitter». Die meisten Gerüchte wurden von anderen Twitterern nach einiger Zeit richtiggestellt – wie in diesem Fall. Ausgangspunkt war ein vermeintlicher Überfall von Randalierern auf ein Kinderkrankenhaus in Birmingham.

Breaking-News-Szenarios hingegen können revolutionäre Situationen oder auch ein Tropensturm sein. Beim Hurrikan Irene programmierte die New York Daily News eine einfache Facebook-Anwendung, mit dem die Leser Bilder des Sturms und der angerichteten Schäden sehr einfach ins Redaktionssystem der Zeitung laden konnten. Die Bilder erschienen dann nach Durchsicht direkt auf der Startseite des Mediums. Sie verhalfen zu einer Bildberichterstattung, die ein Medium ohne die Einbindung des Schwarms mit seinen Tausenden Korrespondenten niemals hätte leisten können.

Hierzulande ist es Zeit Online, das mit Liveblogs (blog.zeit.de/newsblog/) und neuen Tools wie Storify experimentiert. Andere Medien ziehen langsam nach mit Livetickern, die noch sehr vorsichtig die Quellen auf der Straße nutzen.

Weit verbreitet ist die Angst vor Falschmeldungen durch soziale Medien (techcrunch.com/2009/11/07/nsfw-after-fort-hood-another-example-of-how-citizen-journalists-cant-handle-the-truth/). Die ist nicht unbegründet, da insbesondere Twitter für Gerüchte aller Art besonders anfällig ist. So manches arabische Regime schickte im Chaos der Revolution Jubel-Twitterer ins Rennen, die mit Desinformation Einfluss auf die Berichterstattung nehmen wollten. Doch gegen Lügen und Unwahrheiten kann sich jedes Medium wappnen: Es gilt, mit Medienkompetenz und fähigen Redakteurinnen und Redakteuren Netzwerke zu schaffen und zu identifizieren, die sich gegenseitig Glaubwürdigkeit und Vertrauen zusichern und dabei Nachrichten auf dieser Basis verifizieren können.



Denkbar sind in Zukunft auch Formen, die die gewöhnliche Kommentarfunktion um ein Feld «Haben Sie eine journalistische Ergänzung?» erweitern. In dieser Variante könnten Leserinnen und Leser Bilder, Videos, Links und andere Artikel einbringen und so direkt zur Berichterstattung beitragen und diese erweitern. Das jedoch bedarf Journalisten, die diese Meldungen redaktionell durchsehen und auch willens sind, ihre Wahrheit durch die Wahrheit von anderen erweitern zu lassen.

Der Nutzung der neuen journalistischen Potenziale steht eigentlich nichts entgegen – leider fehlt noch die Einsicht in der Branche, dass die Medienrealität heute nicht mehr nur von Journalistinnen und Journalisten geschaffen wird.

Der Staat im Netz

Das Team des wiedergewählten amerikanischen Präsidenten Barack Obama hat es auch in diesem Jahr verstanden, seine Anhänger und Sympathisanten über das Netz zu mobilisieren. Und Nachrichten und Meinungen in Windeseile in alle denkbaren Kommunikationskanäle einzuspeisen. Ein Modell, das auch in Deutschland bereits eingesetzt wurde.

Dabei sein ist alles

Von **Besim Karadeniz**

Online-Campaigning ist aus dem modernen Wahlkampf nicht mehr wegzudenken. Während lange Zeit auch im Web das «Senden in eine Richtung» vorherrschte, gehen moderne Websites immer stärker hin zur Zwei-Wege-Kommunikation und der pyramidenartigen Verteilung der Kampagnenarbeit auf viele Einzelpersonen nach dem Graswurzelprinzip.

Vorreiter dieses modernen Online-Campaignings, das im Kampagnenumfeld häufig als Politik 2.0 bezeichnet wird, sind die Wahlkämpfe von Barack Obama in den Jahren 2008 und 2012, die maßgeblich von einem US-Unternehmen namens Blue State Digital geprägt wurden. Obamas Kampagnenteam hat es damals und heute verstanden, Interessenten und Sympathisanten aktiv als Mitstreiterinnen und Mitstreiter in die Kampagnenarbeit einzubinden und darüber hinaus mit einer authentischen und sehr schnellen Kommunikation Nachrichten und Meinungen auf allen denkbaren Kommunikationskanälen zu verbreiten.

Das Wahlkampfblog als Kernstück der Online-Kampagne

Kritische Bürgerinnen und Bürger möchten den Kandidaten in seinem Wahlkampf erleben und auch später in seiner Arbeits- und Gedankenwelt begleiten können. Eine offensive und authentische Online-Kommunikation kann dieses Bedürfnis sehr gut bedienen. Im Falle von Barack Obama wurde und wird diese Kommunikation durch ein zentrales Weblog gesteuert – sowohl im Wahlkampf als auch in der Kommunikation als US-Präsident im Weißen Haus.

Das Wahlkampfblog ist die zentrale Anlaufstelle für potenzielle Wählerinnen und Wähler, unbearbeitet von Journalisten und Redaktionen. Die Informationen dort sind nicht als «Nachrichtensee» konzipiert, sondern als sich ständig bewegender «Nachrichtenfluss». Diese aktive, fließende Berichterstattung erhöht die Chance, dass die Besucher immer wieder kommen und sich über die Neuigkeiten im Wahlkampf des Kandidaten informieren. Sie werden zu Multiplikatoren, die «Königsklasse» von informierten Menschen, die die Botschaft des Kandidaten auch innerhalb ihres Freundes- und Bekanntenkreises weitergeben.

Das Wahlkampfblog Obamas war so eine Verlautbarungsplattform, gleichzeitig Meinungsmacher, Sammelstelle für Veröffentlichungen (Presseecho etc.) und Ort der Wählerinitiative. Dadurch, dass es stark mit anderen Blogs in der «Blogosphäre» vernetzt war und neue Inhalte grundsätzlich schnell in soziale Netzwerke eingespeist werden, wurde eine neue Nachricht innerhalb von wenigen Minuten verbreitet, und das nicht nur zu Medienvertretern, sondern auch zu Bloggern und jedem Bürger, der das Wahlkampfblog abonniert hatte.

Authentizität frei Haus

Das höchste Gut in der Politik und in jedem Wahlkampf ist die Authentizität des Politikers respektive des Kandidaten. Eine Karte, die das Team von Obama voll ausspielte.

Die offiziellen Mitteilungen wurden zwar selten von Obama selber verfasst, sondern von einem zuständigen Mitstreiter – so wie die Pressestimmen von einem Pressereferenten zusammengesucht oder die Spendenaufrufe von Mitarbeitern aus dem Finanzressort übernommen wurden. Aber all diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren mit ihrem Namen identifizierbar und machten die Online-Kampagne greifbarer und authentisch. Gleichzeitig wurde damit auch der Ruf von Barack Obama als Teamplayer gestärkt und unterstrichen.

Kommentare und Feedbacks – echter Dialog

Ein Kernkonzept des Wahlkampfblogs von Barack Obama war die Möglichkeit, veröffentlichte Artikel direkt kommentieren zu können. Und innerhalb dieser Kommentare, die oft wenige Minuten später

Illustration: Martin Nicolausson

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

eingestellt wurden, entwickelten sich schnell ganze Diskussionsstränge zwischen Wahlkampfteam und Wählern, sogenannte Threads. Erstaunlicherweise war die Quote von unsachlichen und unflätigen Kommentaren recht niedrig. Es sieht so aus, dass die zügige Reaktion des Wahlkampfteams – und darauf wurde großen Wert gelegt – die Quote von unsachlichen Kommentaren deutlich gesenkt hat: Wer schnell und konsequent reagiert, hält die Zügel der Kommunikation.

Social Networking als Satelliten der Online-Kampagne

Während das Wahlkampfblog das Herzstück der Online-Kampagne Barack Obamas war, dienten die gängigen sozialen Netzwerke als Satelliten der Kampagne und als Sprachrohr für einzelne Wahlkampfeinheiten. Alle Organisationseinheiten in den einzelnen US-Bundesstaaten beispielsweise waren mit einem eigenen Twitter-Account vertreten und kommunizierten eigene Nachrichten, die wiederum vom «Haupt»-Twitter-Account in der Wahlkampfzentrale regelmäßig aufgegriffen und weiter veröffentlicht wurden.

Die Kampagnenseiten in Facebook und Google+ dienten als Bastion des Obama-Wahlkampfes in den beiden sozialen Netzwerken und wurden weitgehend mit Nachrichten aus dem Wahlkampfblog und eigenen exklusiven Artikeln und multimedialen Inhalten bestückt. Auf dem YouTube-Kanal wurden regelmäßig Werbespots und Mitschnitte von Wahlkampfveranstaltungen gesendet, auf dem Fotodienst Flickr Fotos aus dem Wahlkampf vor und hinter den Kulissen gezeigt. Hinter der Nutzung all dieser Netzwerke steckt der Gedanke, dort präsent zu sein, wo auch die potenziellen Wählerinnen und Wähler sind, und so den Kontakt zwischen Kandidat und Wählern zu schaffen.

Die Wahlkampfschaltzentrale hinter den Kulissen – der Partybuilder

Nicht wegzudenken aus dem Wahlkampf war der sogenannte Partybuilder. Diese Software ist eine gewaltige Datenbank mit Kontaktdaten praktisch aller Wählerinnen und Wähler in den USA und wurde dazu verwendet, in Kontakt zu den Wählern und zur Wahlkampforganisation zu treten. Der Partybuilder ersetzte zu einem Teil die verlorengegangenen Parteistrukturen der Demokratischen Partei auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene.

Mit dieser Software konnte auch der einzelne, ehrenamtlich Tätige den Wahlkampf aktiv unterstützen. In den USA ist es üblich, ihn vor allem via Telefon zu betreiben; der Partybuilder macht mithilfe eines Moduls eine effektive Akquise möglich, die jeder Mitstreiter von seinem eigenen Telefon aus betreiben konnte.

Zusammen mit dem Partybuilder und einer ausgeklügelten, pyramidenartigen Organisation mit eigenen Verwaltungsebenen auf kommunaler und bundesstaatlicher Ebene wurde ein Großteil des direkten «Nahkampfes» vor Ort mit ehrenamtlichen Kräften abgewickelt. Der Partybuilder interagierte hierbei sehr eng mit der Website der Online-Kampagne; über die Verknüpfung beider Werkzeuge wurden die Wählerinnen und Wähler treffsicher erreicht und blitzschnell mit den neuesten Daten versorgt.

Fundraising nach dem Graswurzelprinzip

Das Graswurzelprinzip wurde in der Obama-Kampagne noch an einer anderen Stelle höchst erfolgreich angewendet – im Fundraising. Üblicherweise wird ein solcher Wahlkampf über Großspenden gedeckt. Klein- und Kleinstspenden erfüllen dennoch einen nicht zu unterschätzenden Zweck: Sie steigern die Akzeptanz der Wähler. Die Wahlkampfkommunikation von Barack Obama, die vor allem auf Authentizität setzte, pflegte diesen Ansatz. Auch wenn auf diese Weise nur ein kleiner Teil des Gesamtbudgets gedeckt worden sein dürfte – die Wählerinnen und Wähler fühlten sich durch die Bitte, am «gemeinsamen Projekt» mit einer Spende mitzuarbeiten, offenbar sehr angesprochen. Von Januar bis September 2012 kamen immerhin insgesamt über zehn Millionen Kleinspenden für die Obama-Kampagne zusammen.

Besim Karadeniz ist seit 1998 Autor des Internet-Lexikons «netplanet» und Blogger seit 2004 unter http://blog.netplanet.org. Er ist Verantwortlicher Leiter für mehrere Online-Kampagnen von Wahlkämpfen von Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie auf Kommunalebene. Seit 2010 ist er Mitinhaber einer Agentur, die sich unter anderem auch mit dem Thema Online-Campaigning beschäftigt.

Online-Campaigning in Pforzheim

Was im großen Maßstab im Wahlkampf von Barack Obama funktioniert, bewährt sich auch im Kleinen auf kommunaler Ebene. Vor allem Bürgermeisterwahlkämpfe sind prädestiniert für echtes und dialogorientiertes Online-Campaigning. Gert Hager, der gewählte Oberbürgermeister der baden-württembergischen Stadt Pforzheim (116 000 Einwohner), erreichte in seiner Online-Kampagne mit einem Wahlkampfblog im Jahre 2009 innerhalb von sechs Monaten insgesamt 50 000 Besucher und über 200 000 Seitenabrufe auf seiner Kampagnenseite im Web, die sein Team im Rahmen einer authentischen Wahlkampfberichterstattung mit rund 210 Blog-Artikeln nach und nach aufbaute.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Stimmt gar nicht, wie die Zahlen zeigen. Aber nicht nur deswegen sind die Bedingungen für eine E-Demokratie in Deutschland keineswegs ideal.

Eine ganze Nation immer und allzeit online?

Von **Heiner Hiltermann**

In Deutschland hat die E-Demokratie noch einen weiten Weg vor sich. Alle Parteien haben zwar schon seit Jahren ihre Sprecher für Netzpolitik, und seit den Erfolgen der Piratenpartei in den vergangenen zwölf Monaten hat auch der letzte Hinterbänkler im Bundestag öffentlich kundgetan, wie wichtig Transparenz und die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Entscheidungen sind.

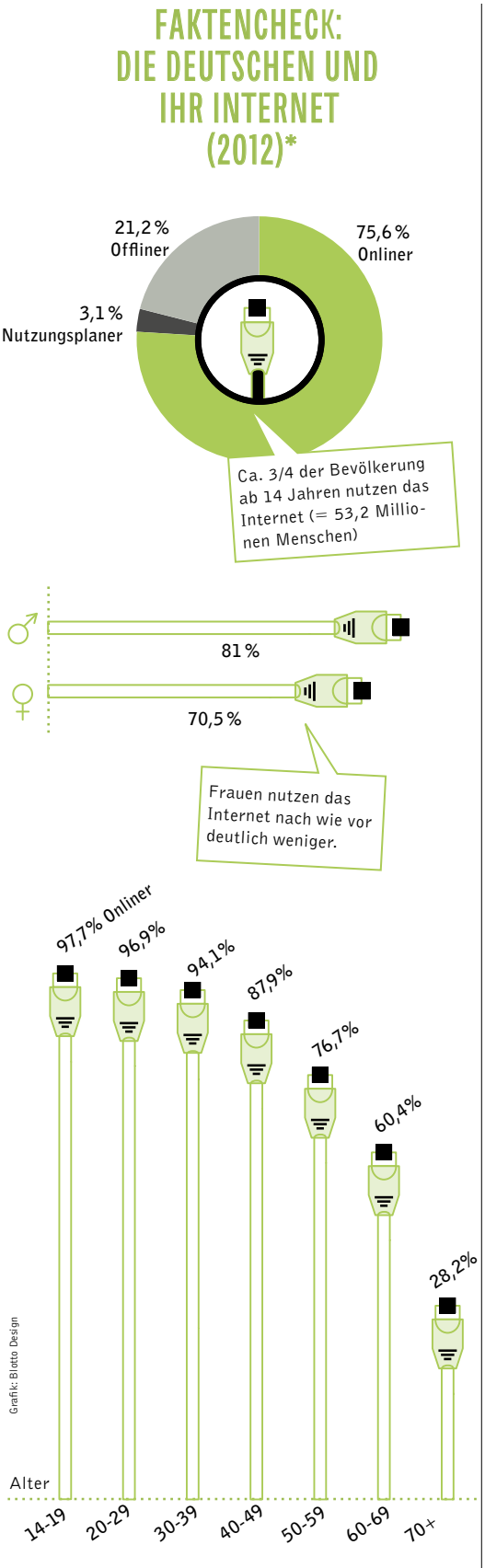
Doch die Umsetzung in die Praxis, der Ausbau der Möglichkeiten, die das Internet dafür bietet, gestaltet sich zäh. Das liegt nicht unbedingt daran, dass es den Politikern an Willen mangelt – obwohl mancher Beobachter diesen Vorwurf erhebt: Im täglichen politischen Geschäft hemme zu viel Öffentlichkeit den Fluss, fühlten sich einige mit dieser Art von Transparenz gestört – bei Kungeleien und heimlichen Absprachen hinter den Kulissen. Auch wenn das auf manchen Politiker zutreffen mag, in Deutschland wird die Entwicklung der E-Demokratie vor allem aus anderen Gründen behindert: Zum einen sind viele rechtliche Fragen noch ungeklärt. Zum anderen sind die technischen Voraussetzungen noch nicht ideal, und außerdem gibt es große Unterschiede bei der Nutzung des Netzes quer durch die Gesellschaft.

Nur drei von vier Deutschen älter als 14 Jahre nutzen das Internet überhaupt, heißt es im (N)Onliner-Atlas 2012 (www.nonliner-atlas.de). Drastisch sind die Unterschiede, wenn man sich die einzelnen Altersgruppen genauer anschaut: Von 14 bis 39 Jahren sind rund 95 Prozent der Bürger online. Bei den über 60-Jährigen sinkt die Rate schon auf 60 Prozent, und nur 28 Prozent der älteren Jahrgänge jenseits der 70 haben einen Computer und nutzen den Internetanschluss. Auch der Bildungsgrad spielt eine Rolle: Lediglich 60 Prozent aller Bürger mit Hauptschulabschluss zählen zu den Usern, bei den Akademikern sind es 90 Prozent.

> «In den meisten Städten haben die Menschen Zugang zu Breitbandnetzen, die hohe Übertragungsraten und damit eine schnelle Kommunikation ermöglichen. Doch auf dem Land klaffen große Lücken.»

Was die technischen Voraussetzungen betrifft: In den meisten Städten haben die Menschen Zugang zu Breitbandnetzen, die hohe Übertragungsraten und damit eine schnelle Kommunikation ermöglichen. Doch auf dem Land klaffen große Lücken (www.zukunft-breitband.de). Demokratie aber setzt voraus, dass alle Bürgerinnen und Bürger, alle 62,2 Millionen Wahlberechtigten (2009) die gleichen Voraussetzungen haben, sich an der politischen Willensbildung beteiligen zu können. Die Möglichkeit haben bislang nur die rund 1,3 Millionen Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien. Alle Parteien haben schon lange eigene Internet-Netzwerke, die jedes Mitglied über die politischen und personellen Diskussionen informieren und daran teilhaben lassen.

Kein Wunder, dass sich Versuche zur E-Demokratie, zur E-Partizipation weitgehend auf kleinere Einheiten, auf Kommunen beschränken. Die Stadt Freiburg zum Beispiel hat 2007/2008 den ersten Beteiligungshaushalt erprobt: Alle Bürgerinnen und Bürger – Freiburg ist eine Großstadt mit gut 220 000 Einwohnern – sollten im Internet die Möglichkeit erhalten, den Doppelhaushalt 2009/2010 zu beraten. 1 861 Nutzer registrierten sich, um an den Diskussionen im Internet teilzunehmen. Zwei Jahre später wurde der Vorgang wiederholt. Diesmal schrieben sich 1 504 Bürgerinnen und Bürger in die Foren ein, immerhin verzeichnete die Plattform knapp 15 000 Klicks.



* Quelle: (N)Onliner-Atlas 2012
→ www.nonliner-atlas.de

Wurde bereits beim ersten Mal bemängelt, dass die Bürger zwar ihre Meinung kundtun konnten, jedoch keinerlei Entscheidungsgewalt über die Vergabe der Gelder hatten, machten sich diese Kritik bei der zweiten Ausführung auch eine Reihe linker und sozialdemokratischer Gemeinderäte zu eigen. Sie regten an, den Bürgerinnen und Bürgern ein begrenztes Budget für Stadtteil-Investitionen zur Verfügung zu stellen. Bei Grünen, CDU und Freien Wählern stieß das auf heftigen Widerspruch. Über den Haushalt zu entscheiden, sei das Königsrecht des Gemeinderats, stellte Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) fest. Eine kleine, mehr oder weniger zufällig zusammengekommene Gruppe Bürger bestimmen zu lassen, sei demokratisch nicht legitim.

Um die Bürger also direkt zu beteiligen, müssten erst die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Änderungen der repräsentativen Demokratie aber gingen zu Lasten der Politiker, sie müssten Rechte abgeben – der Gesetzgebungsprozess dürfte lange dauern. Im Freiburger Gemeinderat ist man sich einig, dass man mit den bisherigen Angeboten nicht sehr viele Bürger von der Couch lockt. Trotzdem dürfen sich auch beim nächsten Doppelhaushalt 2013/2014 die Bürgerinnen und Bürger wieder beteiligen. Mit welchem Erfolg, das wird sich Mitte Dezember zeigen, wenn der Haushaltsentwurf erstmals öffentlich beraten wird.

Wie es sich auch ausgehen kann, zeigt das Beispiel Berlin-Lichtenberg: Die Abstimmung über den Bürgerhaushalt 2013 brachte eine Beteiligung von 10 500 Stimmen, das waren schon 30 Prozent mehr als im Vorjahr.

Auf bundespolitischer Ebene haben die Bürgerinnen und Bürger seit 2005 die Möglichkeit, sich über Online-Petitionen in politische Diskussionen und Entscheidungen einzubringen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich das System etabliert: Von den insgesamt 15 191 Petitionen, die 2011 beim Bundestag eingingen, wurde bereits ein Drittel (5112) online gestellt. Jeder kann sich online darüber informieren (https://epetitionen.bundestag.de), seine Meinung dazu abgeben und online unterschreiben. 1,4 Millionen Nutzerinnen und Nutzer haben sich bislang registriert. Seit dem 9. September 2012 ist es möglich, die Diskussionen und Beiträge zu einzelnen Aspekten einer Petition im Zusammenhang einzusehen. Bis dahin musste man sich das mühsam zusammensuchen. Die Bundesländer beobachten diese Versuche aufmerksam. Einige (z. B. Bremen) haben das System ähnlich eingeführt, andere (z. B. Bayern, Baden-Württemberg) bieten bislang lediglich die Möglichkeit, die Petition online einzureichen.

Die Entscheidung, ob eine Petition – digital oder auf konventionellem Weg – erfolgreich ist, trifft nach deutschem Recht der Bundestagsausschuss. Dieser prüft zwar jede Eingabe, doch vor eine tatsächliche Anhörung hat er eine große Hürde gestellt: Innerhalb von vier Wochen müssen 50 000 Bürger ihre – in diesem Fall elektronische – Unterschrift als Zustimmung zur jeweiligen Petition gegeben haben. 2011 ist das bei zehn Eingaben gelungen.

Wie es nun weitergeht in Deutschland mit der E-Demokratie, mit E-Partizipation und E-Transparenz, darüber berät seit Mai 2010 die Enquete-Kommission des Bundestags «Internet und digitale Gesellschaft». Die Abgeordneten aus allen Parteien und externe Fachleute – jeweils 17 – tagen fleißig zu Themen wie Demokratie und Staat, Verbraucherschutz oder Zugang, Struktur und Sicherheit. Denn zum Beispiel auch der scheinbar simple Ersatz des Kreuzchens an der Wahlurne durch einen elektronischen Knopfdruck gestaltet sich schwierig: Es gibt erhebliche Sicherheitslücken im System, die Manipulationen Tür und Tor öffneten. Die Berichte der Kommission sind im Internet einsehbar, die Sitzungen werden auf Video aufgezeichnet (www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp). Und über enquete-beteiligung.de kann sich jeder an der Diskussion beteiligen. Der Zuspruch ist mäßig: 3 071 haben sich registriert.

Die Ergebnisse sollten eigentlich nach der diesjährigen Sommerpause im Herbst 2012 im Bundestag vorgestellt und beraten werden. Die Frist ist um ein halbes Jahr verlängert worden, auch weil sich neue Themen ergeben haben, z. B. Kultur, Medien, Öffentlichkeit. Am 17. Juli sind die Stichpunkte dazu im Netz vorgestellt worden. Zwei Monate später hatte noch niemand einen Kommentar dazu abgegeben.

Heiner Hiltermann lebt in Freiburg, seit einem halben Jahr als freier Journalist und Autor. Zuvor hat er als Politikredakteur bei der Baseler Zeitung, der Zeitung zum Sonntag und der Badischen Zeitung gearbeitet.

Der chinesische Staat beteiligt seine Bürgerinnen und Bürger seit einigen Jahren per Internet an Gesetzgebungsverfahren. Bei der Novelle zur Strafprozessordnung 2012 hat er ihre Eingaben allerdings ignoriert und die Macht seiner Behörden sogar noch gestärkt. Aber die Kooperation von Intellektuellen, Experten und Medien hat einen enormen Druck auf die Autoritäten erzeugt.

Ein Rückschritt, der Hoffnung macht

Eine Fallstudie von **Zhu Yi**

Am 14. März 2012 verabschiedete der Nationale Volkskongress (NVK) die Gesetzesänderung zur Strafprozessordnung (StPO). Ende August 2011 war der erste Entwurf auf der Webseite des NVK zur Diskussion veröffentlicht worden. Die offiziellen Medien berichteten überwiegend positiv über die Fortschritte im Vergleich zur alten StPO von 1996. Die Rechtsgrundlage von jugendlichen Straftätern, inhaftierten Frauen oder zum Tode verurteilten Gefängnisinsassen wurde zum Beispiel verbessert. Zusätzlich bekommen Tatverdächtige mehr Rechte auf ordentliche Gerichtsverfahren. Auch die im Paragraf 2 des Gesetzes formulierte Einhaltung der Menschenrechte wurde von offizieller Seite als besonders fortschrittlich dargestellt.

Im März 2012 schaffte es der Suchbegriff «Paragraf 73» sogar unter die am meisten gesuchten Schlagworte auf baidu, Chinas bedeutendster Internetsuchmaschine. Die Kritik richtete sich insbesondere gegen Paragraf 73 der ersten Version des Gesetzesentwurfs. Diese hätte nämlich die Strafermittler eines Verfahrens dazu autorisiert, Verdächtige bis zu sechs Monate ohne Benachrichtigung ihrer Angehörigen festzuhalten. Dabei musste der Aufenthaltsort nicht der Wohnsitz des Verdächtigen sein, sondern konnte von den Behörden eigenmächtig bestimmt werden. Zusätzlich sollte der Anspruch auf Zugang zu ordentlichen Gerichtsverfahren dann wegfallen, wenn der Verdächtige eine nachweislich ernste Bedrohung für die nationale und öffentliche Sicherheit darstellte.

Dies weckte bei vielen Kritikern die Befürchtung, das Verschwindenlassen von Regimekritikern könne dadurch offiziell legalisiert werden. Von einem «großen Rückschritt für die chinesische Rechtsstaatlichkeit» war die Rede.

↑ «Ich nutze meine Kunst …, um eine neue Form der Kommunikation zu finden und mich selbst auszudrücken … Das einzige Mittel, mich noch auszudrücken, bietet mir das Internet.» Der chinesische Regimekritiker, Blogger und Künstler Ai Weiwei in einem Interview nach seinem Gefängnisaufenthalt.

Die Rolle der «Experten»

Die zunehmende Verbreitung kommerzieller (im Vergleich zu staatseigenen) Medien und insbesondere des Internets sorgt seit 2000 für einen tiefgreifenden Wandel in der chinesischen Öffentlichkeit. Der Zugang zu Informationen wurde erheblich erleichtert. Gleichzeitig entstanden damit für die Bürgerinnen und Bürger wichtige Plattformen, über die sie ihre Meinungen und Forderungen äußern konnten. Die Autoritäten gerieten zunehmend unter Zugzwang: Im Jahr 2008 beschloss der Nationale Volkskongress nach mehreren ersten Versuchen, prinzipiell alle Gesetzesentwürfe zur öffentlichen Diskussion und Kommentierung auf seiner Webseite zur Verfügung zu stellen.

Um eine breite und tiefgreifende öffentliche Diskussion anzustoßen und zu steuern, bedarf es Experten. Im Fall der StPO waren maßgeblich folgende Gruppen beteiligt: (1) Regierungsberater, die in die offizielle Diskussion zur Gesetzesänderung involviert sind, (2) Experten «außerhalb des Systems», sogenannte «öffentliche Intellektuelle» wie Journalisten, unabhängige Wissenschaftler, Anwälte und (3) Vertreter des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz.

Die Regierungsberater

Die chinesische Regierung spricht schon dann von «Bürgerbeteiligung» am Gesetzgebungsprozess, wenn Experten «aus dem System» zu offiziellen Arbeitsgruppen und Workshops eingeladen werden. Ihr Einfluss ist jedoch relativ gering.

Es gibt Regierungsberater, die deshalb mittlerweile versuchen, ihre Meinung verstärkt über traditionelle und neue Medien in die öffentliche Debatte einfließen zu lassen und damit den Druck auf die verantwortlichen Entscheidungsträger erhöhen. Professor Chen Guangzhong, ehemaliger Präsident der China-Universität für Politik- und Rechtswissenschaften und Federführer des StPO-Entwurfs von 1996, ist einer von ihnen. Bereits vor der Veröffentlichung des offiziellen ersten Entwurfs erörterte er in einem Interview mit der einflussreichen *Southern Metropolis Daily* am 17. August 2011 die wichtigsten Punkte und Probleme der Gesetzesänderung. Vorsichtig kritisierte er bereits zu diesem frühen Zeitpunkt, dass im Gesetzgebungsprozess vor allem die Sicherheitsbehörden das größte Hindernis für Reformen seien.

Foto: Sinopix/laif

Der Staat im Netz

Als nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfes massive Kritik im Internet laut wurde, verschärfte auch Professor Chen seine Kritik. In weiteren Interviews wiederholte er mehrfach, dass der Entwurf «ein enormer Rückschritt» für das chinesische Rechtssystem sei und er diesem nicht zustimme.

Ende 2011 unternahm der NVK eine zweite, nicht öffentliche Prüfung des Entwurfs, der nur in internen Fachkreisen diskutiert wurde. Prof. Chen, der auch daran teilgenommen hatte, vermittelte jedoch einige Details an die Öffentlichkeit. So sah der zweite Entwurf vor, den ursprünglichen Satz «Bei der Überprüfung von Todesurteilen soll der Oberste Gerichtshof den Angeklagten verhören» in «darf der Oberste Gerichtshof den Angeklagten verhören» zu ändern. Genau diesen Punkt kritisierte Prof. Chen scharf. Er sah darin sogar den «größten Rückschritt» der Revision. Auch im dritten nicht veröffentlichten Entwurf wurde die Formulierung «darf» beibehalten. Im verabschiedeten Gesetz jedoch wurde «darf» wieder durch «soll» ersetzt, so wie es bereits der erste Entwurf vorsah.

Neben Prof. Chen gab es noch weitere Regierungsberater, die sich öffentlich in den Medien kritisch zum Gesetzgebungsprozess äußerten und den Machtkampf zwischen Vollstreckungsorganen und Gesetzgebungsexperten als das größte Hindernis sehen. Derartige Enthüllungen von Fachexperten «innerhalb des Systems» wären noch vor einigen Jahren nicht denkbar gewesen.

Die Intellektuellen

Die Gruppe der öffentlichen Intellektuellen besitzt zwar kein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungsprozessen, durch ihre fachliche Kompetenz und ihren Einfluss auf die Öffentlichkeit zählen sie aber zu den treibenden Kräften in der chinesischen Zivilgesellschaft. So ist es in der Vergangenheit vereinzelt gelungen, durch öffentlichen Druck Gesetzesänderungen zu beeinflussen.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfs der Strafprozessordnung schrieb die bekannte Journalistin der Caixin-Mediengruppe, Wang Heyan, dass die Revision ein historischer Rückschlag sei und zu zahlreichen «geheimen Festnahmen» führen werde. Der Bericht war einer der meistgelesenen Artikel im Internet an diesem Tag. Auch der Historiker Lei Yi veröffentlichte einen kritischen Beitrag, der noch am selben Tag von rund 7000 «Netzbürgern» kommentiert wurde. Nach diesen ersten Reaktionen meldeten sich viele weitere Journalisten, Anwälte und Wissenschaftler über ihre Blogs und Mikroblogs zu Wort.

↑ Das Internet erschwere dem Staat die Kontrolle, meint Wang Heyan, die für das Medienunternehmen Caixin arbeitet und das Gesetzgebungsverfahren der chinesischen Regierung online kritisch kommentiert.

Die Vertreter des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz

In der letzten Phase der Revision der StPO, also vor der Abstimmung über die Gesetzesänderung, beteiligten sich auch einige Vertreter des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz an der Debatte.

Am 14. März sollte der endgültige Gesetzesentwurf verabschiedet werden. Am 7. März äußerte sich zum Beispiel die Anwältin Chi Sucheng auf ihrem Mikroblog, dass sie nun endlich den Gesetzesentwurf (in seiner letzten Fassung) erhalten habe. Darauf reagierten viele Internet-Nutzer sofort mit ihrer Kritik am Verfahren. Denn gemäß Paragraf 15 des Gesetzgebungsgesetzes müssen die Mitglieder des NVK spätestens einen Monat bevor der NVK tagt die Gesetzesvorlagen erhalten, über die abgestimmt werden soll.

Chen Zhilun, Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz, sagte am 8. März zu den Medien: «Viele von uns haben den (endgültigen) Gesetzesentwurf nicht einmal erhalten. Einige verantwortungsbewusste Mitglieder der politischen Konsultativkonferenz haben deshalb gemeinsam einen Protestbrief an den NVK geschrieben.»

Die Rechtswissenschaftlerin Wang Mingwen schrieb während der Sitzung des NVK am 11. März auf ihrem Mikroblog: «Der überarbeitete Entwurf der StPO wurde heute früh nochmals geprüft. Die wesentlichen Stellen sind nicht verändert worden.»

Diese öffentlichen Äußerungen der offiziellen Vertreter von NVK und Politischer Konsultativkonferenz wurden von der aufmerksamen Internetgemeinde sofort aufgegriffen, was die Debatte erneut aufleben ließ. Journalist Chen Baocheng und NGO-Vertreter Xiong Wei untersuchten beispielsweise den Widerspruch zwischen der viel zu späten Verbreitung der endgültigen Gesetzesvorlage und dem Paragraf 15 des Gesetzgebungsgesetzes und forderten eine Verschiebung der Abstimmung. Der Geschäftsmann Xu Manzi initiierte eine Online-Abstimmung auf seinem Sina-Mikroblog zu der Frage, ob der Abstimmungstermin verschoben werden sollte. Mehr als 10000 «Netzbürger» nahmen daran teil. 93 % davon stimmten für die Terminverschiebung.

Trotz all dieser Bemühungen wurde die neue StPO am 14. März mit 2639 Ja-Stimmen, 160 Nein-Stimmen und 57 Enthaltungen verabschiedet.

Wie geht es weiter?

Nach all der Zeit und Energie, die die öffentliche Seite in die Diskussion gesteckt hat, ist die Enttäuschung über das Ergebnis nur allzu verständlich. Prof. Hu Yong, Medienwissenschaftler an der Peking Universität, bekräftigt dies in seinem Blog: «Im Vergleich zur alten Strafprozessordnung wurde die Staatsgewalt in der Gesetzesänderung nicht weiter beschränkt. Sie ist durch einige wesentliche Klauseln sogar noch erweitert worden.»

Langfristig gesehen, wird sich die Debatte um die neue Strafprozessordnung dennoch positiv auf die chinesische Gesellschaft auswirken. Die Kooperation von Intellektuellen, Experten und Medien hat einen enormen Druck auf die Autoritäten erzeugt. In einem Leitartikel vom 21. März 2012 resümiert die *People's Daily*: «Die Äußerung verschiedener Standpunkte ist repräsentativ für den Entwicklungsprozess, den unsere Gesellschaft derzeit durchläuft, sowie für das Erwachen des Rechtsbewusstseins der Bürger.»

Zhu Yi ist Leiterin der Programmarbeit im Peking-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie hat Germanistik und Medienwissenschaften an der Universität Trier studiert und verfügt über Arbeitserfahrung bei chinesischen und deutschen Medien.

Foto: factum/Andreas Weise

Recife

Seit 2001 werden die Bürgerinnen und Bürger der brasilianischen Stadt Recife mittels Bürgerhaushalt u.a. in die Stadtentwicklung direkt einbezogen. Aus dieser Initiative entstanden viele Wohnprojekte für Arme.

In Brasilien müssen die Gemeinden ihre Ein- und Ausgaben ins Netz stellen: Kein schlechter Schachzug der Regierung gegen Korruption, wie neue Zahlen zeigen.

Wohin fließt das viele Geld?

Von **Ulla Ebner**

Es war einer der größten Korruptionsprozesse in der brasilianischen Geschichte: Im Spätsommer dieses Jahres standen 37 frühere Politiker der regierenden Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores), Unternehmer und Banker vor Gericht. Sie sollen während der ersten Amtsperiode von Präsident Lula systematisch öffentliche Mittel in Millionenhöhe veruntreut und damit Kongressmitglieder bestochen haben. 25 von ihnen wurden schuldig gesprochen, darunter enge Vertraute von Ex-Präsident Lula. Aber auch die amtierende Präsidentin, Dilma Rousseff, hatte in ihrer bisherigen Amtszeit bereits mit Korruption in den eigenen Reihen zu kämpfen: 7 Minister mussten wegen Vorwürfen zurücktreten. Ist Brasilien unter Regierung der PT etwa korrupter geworden? Vermutlich nicht. Aber das Unrechtsbewusstsein gegenüber Korruption steigt.

Tatsächlich setzt Brasilien bereits seit Jahren zahlreiche Akzente im Bereich Transparenz und Open Government. So initiierte etwa der brasilianische Rechnungshof ein Transparenzportal im Internet. Dort werden mittlerweile täglich Informationen über Ausgaben der Regierung und Geldflüsse an die Gemeinden veröffentlicht. Eigene Subseiten zeigen, wie viel öffentliches Geld zum Beispiel in die Vorbereitung der beiden anstehenden Sport-Großereignisse – Fußball WM 2014 und Olympische Spiele 2016 – fließt.

Im Mai 2012 trat ein Transparenzgesetz in Kraft, an dem sich so manches europäische Land ein Beispiel nehmen könnte. Das Lei do Acesso à Informação (Gesetz auf Zugriff zu Informationen) verpflichtet Gemeinden dazu, sämtliche Einnahmen und Ausgaben im Internet zu veröffentlichen. Auf diese Weise hofft die brasilianische Bundesregierung, die Korruption auf Gemeinde-Ebene einzudämmen. Denn gerade bei jenen Geldern, die die Bundesregierung zur Finanzierung des lokalen Gesundheitswesens, für Bildung und Sozialleistungen in die Gemeinden schickt, verschwinden immer wieder große Summen, wie zum Beispiel der Politikwissenschaftler und Korruptionsexperte James Batista Vieira aus eigener Erfahrung weiß. Er selbst wurde schon mehrfach als Kontrolleur in Gemeinden geschickt, um herauszufinden, wo die Gelder versickert sind.

James Batista Vieira hat im Rahmen seiner wissenschaftlichen Forschungstätigkeit untersucht, inwiefern ein Zusammenhang besteht zwischen den Fortschritten im Bereich E-Government und Korruption. In 840 Gemeinden hat er sich angesehen, ob die Verwaltung Informationen ins Netz stellt und ob die Bürger Amtswege auch online erledigen können. Diese Daten hat er dann mit den Prüfberichten des brasilianischen Rechnungshofs über finanzielle Unregelmäßigkeiten in den Gemeinden verglichen. Das Ergebnis zeigte deutlich: In jenen Gemeinden, die transparent agieren und fortschrittliche Open Government-Tools anwenden, findet man auch weniger Fälle von Korruption.

Der Korruptionsexperte warnt jedoch vor überzogenen Hoffnungen in das Transparenzgesetz. Seiner Ansicht nach verhält es sich eher so, dass jene Gemeinden, bei denen es ohnehin vergleichsweise korrekt zugeht, auch jene sind, die bereitwillig Informationen ins Netz stellen. Vieira bezweifelt, dass es tatsächlich möglich ist, korrupte Lokalpolitiker durch Gesetze zur völligen Transparenz zu zwingen. Schließlich finden sich immer Mittel und Wege, Regeln zu umgehen und Zahlen zu manipulieren. Im Kampf gegen die Korruption hat Brasilien noch einen langen Weg vor sich. Die Regierung hat diese Herausforderung aber angenommen, und das zeigt sich auch am jährlich erscheinenden Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International: Seit dem Jahr 2008 konnte sich Brasilien um 7 Plätze verbessern und liegt derzeit auf Rang 73 von 183 erfassten Staaten.

Ulla Ebner ist Journalistin beim österreichischen Radiosender Ö1. Sie beschäftigt sich seit Jahren mit Fragen rund um E-Demokratie und Open Government.

→ Transparenzportal: http://www.transparencia.gov.br/

→ Fußball WM 2014: http://www.transparencia.gov.br/copa2014/home.seam

→ Olympische Spiele in Rio: http://www.portaldatransparencia.gov.br/rio2016/

→ Lei do Acesso à Informação: http://www.acessoainformacao.gov.br/acessoainformacaogov/

Fotos: beide Bernd Jonkmanns/laif

Grenzen im Netz

Praktische Tipps zur Kontrolle der eigenen Daten im Netz

Mach dich rar!

Von **Anne Roth**

Haben Sie schon mal beim Online-Versandhandel Amazon Bücher bestellt? Dann bekommen Sie vermutlich ab und zu E-Mails, in denen Ihnen andere Bücher zum Kauf vorgeschlagen werden. Auf diese Weise von Neuerscheinungen Ihrer Lieblingsautorinnen und -autoren zu erfahren, hat Vorteile.

Aber haben Sie sich schon mal gefragt, woher Amazon weiß, was Ihnen gefällt? Ganz einfach: Weil Sie Amazon mit der Anmeldung erlaubt haben, Informationen über Sie zu speichern und an Dritte weiterzugeben. Dort werden die Daten mit weiteren kombiniert, und so lässt sich ziemlich genau berechnen, was Sie vielleicht noch gern kaufen würden. Das ist, wie gesagt, praktisch, hat aber den Haken, dass irgendwo Informationen über Sie existieren, auf die Sie wenig Einfluss haben. Sie können über die Einstellungen in Ihrem Kunden-Profil im Nachhinein immerhin einiges einschränken.

Leider sammeln nicht nur Services Daten über Sie, denen Sie Erlaubnis dazu gegeben haben. «Wenn du nicht dafür bezahlst, bist du nicht Kunde oder Kundin, sondern das Produkt», lautet die Faustregel im Netz. Mit jeder Google-Suche, jedem «Gefällt mir» und beim Besuch der meisten Websites wächst Ihr digitaler Schatten. Dieser Schatten ist die Sammlung der Informationen über Sie, die sich über Ihr Online-Verhalten ergeben: Informationen über Ihren Computer, Ihren Standort, Ihre Interessen, Kontakte, Reisen, Ihre politische Einstellung und vieles mehr. Je detaillierter Ihr Profil, desto wertvoller ist es.

Sich gänzlich anonym im Netz zu bewegen, bedeutet erheblichen Aufwand und ist für die meisten gar nicht erstrebenswert. Wir können unseren Schatten schon mit kleineren Schritten sehr viel blasser machen. Benutzen Sie den datenschutzfreundlichen Browser Firefox. Für ihn gibt es viele nützliche Erweiterungen («Add-ons»):

→ HTTPS Everywhere (auch für Chrome) verschlüsselt die Kommunikation mit vielen großen Websites und verhindert, dass etwa der Inhalt Ihrer Mails, Bestellungen oder Kommentare für andere leicht mitlesbar ist. https://www.eff.org/https-everywhere

→ Adblock Plus (auch für Chrome) verhindert, dass Werbung und andere zusätzliche Seitenelemente geladen und dargestellt werden. Das bedeutet gleichzeitig, dass die Werbefirmen keine Informationen über Sie erhalten. https://adblockplus.org

→ Better Privacy schützt vor Langzeit-Cookies, die sich nicht wie alle anderen Cookies über die Datenschutzeinstellungen des Browsers entfernen lassen. http://nc.ddns.us/BetterPrivacy/BetterPrivacy.htm

→ Adblock Plus und Better Privacy sind auch über den Firefox Add-Ons-Manager installierbar (Firefox → Extras → Add-ons).

→ In den Firefox-Datenschutzeinstellungen selbst (Firefox → Einstellungen → Datenschutz) sollten Sie das Häkchen bei «Cookies von Drittanbietern akzeptieren» entfernen. Dazu vorher bei «Chronik» «nach benutzerdefinierten Einstellungen anlegen» auswählen. Cookies sind kleine Dateien, die Sie beim Aufrufen einer Website auf Ihren eigenen Computer laden. Darin werden Informationen über Ihr Online-Verhalten gespeichert und beim nächsten Aufrufen an die Betreiber der Website oder auch Dritte – häufig Werbefirmen – zurückgeschickt.

→ Wenn Sie vermeiden wollen, dass Google bei jeder Suche Daten über Ihre Interessen sammelt, bietet sich die Suchmaschine DuckDuckGo an. https://duckduckgo.com

→ Viele Apps Ihres Mobiltelefons speichern, wann Sie sich wo befinden. Oft ist das gar nicht erforderlich: Überlegen Sie, ob Sie diese Funktion in den Einstellungen nicht deaktivieren wollen.

Mehr Informationen über Ihren digitalen Schatten finden Sie auf der Website «Me & My Shadow» des Tactical Technology Collective. Unter «Trace My Shadow» können Sie herausfinden, woraus Ihr digitaler Schatten genau besteht; das «Shadow Tracer's Kit» enthält zusätzliche Add-ons und Programme.

Anne Roth, Diplom-Politologin, seit April 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Redakteurin des Privacy and Expression Programme des Tactical Technology Collective.

→ Das Tactical Technology Collective wurde 2003 als internationale Nichtregierungsorganisation mit dem Ziel gegründet, dazu beizutragen, Informationen effektiv für gesellschaftlichen Wandel einzusetzen. Zentrale Prinzipien sind dabei Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Transparenz und Verantwortlichkeit. Sitz des Tactical Technology Collective ist Bangalore, Indien, und seit 2011 Berlin.

→ https://myshadow.org/trace-my-shadow

→ https://myshadow.org/shadow-tracers-kit.

Grafik: Blotto Design

Informationen über eine Partei? Ein Reiseziel? Einen Bürgerkrieg? Google, Facebook, Amazon & Co. bestimmen schon lange darüber, welche Daten wir bekommen und welche nicht.

Das vermessene Ich

Von **Jeppe Rasmussen**

Wer googelt, der findet. So lautet eine Faustregel für das Surfen im World Wide Web. Ganz gleich, ob wir ein neues Rezept suchen, ob uns Kaugummi-Gesetze in Singapur fesseln oder uns der Bürgerkrieg in Syrien entsetzt – für unseren Wissensdurst zapfen die Suchmaschinen ihre schier unerschöpflichen Quellen an. Das Erstaunliche dabei: Fast immer gelingt es Google & Co., unsere Fragelust mit ihren Treffern zu stillen.

Hinter diesem Erfolg der Suchmaschinen, allen voran Google, stehen mathematische Formeln, sogenannte Algorithmen. Googles Algorithmen spucken im Nu endlose Listen mit Hinweisen aus. Damit Google in diesem Informationschaos weiterhin die höchste Relevanz aufweisen kann, speichert und wertet der Algorithmus des Suchgiganten Milliarden von Daten und Signalen aus: Welcher Treffer wird zuerst angeklickt und wie lange bleibt der Nutzer auf der Trefferseite? Welche Webseiten werden wie häufig bei sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter etc. weitergereicht?

Die personalisierte Suche

Ob ein Treffer als relevant gilt, hängt von vielen Faktoren ab: Wer will es wissen? Welche Sprachen spricht der jeweilige Nutzer, wo wohnt er, was sind seine Hobbys, sein Beruf, sein Einkommen und seine Freunde? Um die präsentierten Ergebnisse noch besser auf ihn abzustimmen, stellte Google Ende 2009 von seinem standardisierten Algorithmus auf einen personalisierten um. Während Google mir früher eine allgemeine Trefferliste präsentierte, läuft diese heute durch einen Filter von Informationen über meine Person: Bin ich ein kapitalismuskritischer Student, bekomme ich auf mein Suchwort «Eurokrise» hin andere Treffer zu sehen als der Investmentbanker und erst recht andere als ein um seine Ersparnisse besorgter Bahnangestellter. Was für mich persönlich durchaus praktisch erscheint, hat für uns als Bürger und Bürgerinnen einer Gesellschaft weitreichende Folgen.

Vorreiter der Personalisierungswelle war Amazon. Bereits Mitte der 1990er Jahre experimentierte das Versandhaus mit seinem Online-Auftritt, der jedem Besucher, jeder Besucherin andere Ware anpries – je nach deren Vorlieben. Die Herangehensweise von Amazon und Google macht Schule: Von Facebook über Twitter zu

Illustration: Martin Nicolausson

«Die Erfahrung zeigt, dass das Nachrichtenmenü vieler Internetnutzer tendenziell leichtere, seichtere und unterhaltende Artikel aufweist, während komplexe und umfassende Nachrichten rar gesät sind.»

Groupon – kaum ein Internet-Start-up des neuen Jahrtausends macht sich ohne Personalisierung von Inhalten und Werbung ans Geschäft. Seit neuestem machen sich zunehmend auch Zeitungen und Nachrichtenportale Personalisierungsalgorithmen zunutze, um ihre Artikel für jeden einzelnen Besucher optimal aufzubereiten. Auf der Grundlage dessen, was ich im Netz lese, welche Links ich anklicke, wonach ich suche, was ich poste und wer meine Freunde sind, werden Trefferlisten, Artikelempfehlungen, Werbeprodukte, Angebote etc. auf mich abgestimmt. Wer einen Flug von Frankfurt nach Berlin sucht, sieht tagelang Werbung für ebenjene Strecke und bekommt obendrein vergünstigte Tickets für eine Hauptstadt-Ausstellung über Dänemark angeboten, weil Skandinavien sein bevorzugtes Urlaubsziel ist.

Magere Kost als Hauptmahlzeit

Die Auswertung meines digitalen Verhaltens in der Vergangenheit bestimmt immer mehr, was mir in meiner digitalen Gegenwart und Zukunft auf den Schirm aufleuchtet. Um mich herum entsteht eine Filterblase, wie der Internetaktivist Eli Pariser dieses Phänomen nennt: Ausgefiltert wird alles, was mich laut meines Profils nicht interessiert; durchgelassen wird nur, was ich wahrscheinlich lesen, kaufen, konsumieren oder wie auch immer zu mir nehmen werde. Die Erfahrung zeigt, dass das Nachrichtenmenü vieler Internetnutzer tendenziell leichtere, seichtere und unterhaltende Artikel aufweist, während komplexe und umfassende Nachrichten rar gesät sind. Fazit: Informationstechnisch und kulturell gesehen droht eine Fehlernährung.

Eli Pariser, besorgt ob dieser schleichenden Entwicklung, hat diese Beobachtung gemacht: Jeder ist allein in seiner Blase und bekommt wenig Einsicht in das, was andere sehen oder erfahren. Während eine Zeitung eine nachvollziehbare redaktionelle Richtlinie hat, geben diese neuen Gatekeeper keine Auskunft über die Ethik und die Richtlinien, die den Informationsfluss regeln. Es bleibt uneinsichtig und undurchsichtig, was die Algorithmen durchlassen und was nicht. Das führt zum dramatischen Umschwung in der Großwetterlage der virtuellen Wirklichkeit.

Software als Fenster zur Welt

Software drängt sich zunehmend als Linse zwischen den Internetnutzer und die Welt und verändert seine Wahrnehmung. Navigationsgeräte zeigen mir den Weg; meine To-do-Liste und Termine mitsamt Erinnerungen verwalte ich online; fast meine gesamte Korrespondenz, meine Geldverwaltung und zunehmend mein Warenkorb finden ebenfalls in der virtuellen Wolke ihren Niederschlag. Welche Partei soll ich wählen? Der Wahl-O-Mat verleiht mir meine Stimme. Wohin es im Urlaub geht, welchen Beruf ich ergreife, welchen Partner ich wähle – für jede Entscheidung stehen personalisierte Algorithmen als Butler für mich bereit, stets um mein reibungsloses Funktionieren bemüht. Die Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel befürchtet, dass unser Weltbild «unter netzbedingter Kurzsichtigkeit zu leiden» beginnt. «Irgendwann wird die Linse zu einem Spiegel, und dann glauben wir tatsächlich, wir seien das, was uns die Empfehlungssysteme des personalisierten Internets als digitalen Hohlspiegel unserer Selbst über Jahre errechnet haben.»

Die narzisstische Ich-Schleife

Im personalisierten Internet der nächsten Jahre dreht sich das Weltenkarusell immer mehr um mich und meine Vorlieben. In dieser narzisstischen Ich-Schleife bleibt kein Raum für Reifeprozesse, Veränderung und Kreativität. Denn erst das Überraschende, das Widersprüchliche, das Schmerzhafte oder irritierend Fremde, das uns unverhofft begegnet, kann ich zum Anlass nehmen, den eigenen Standpunkt zu überdenken, liebgewonnene Vorurteile abzulegen oder neuartige Lösungen alter Probleme zu erkennen. Das ökonomische Kalkül der Internetfirmen gönnt mir keine Angebote und Entdeckungen, die scheinbar nicht zu meinen bevorzugten Konsum- und Denkmustern gehören; die Algorithmen rechnen sie leicht aus den Treffern heraus. Sie berechnen, wer ich bin und was meine Neugier zu wecken hat.

Das Perfide daran verbirgt sich im Belohnungssystem der Algorithmen: Je mehr ich von mir preisgebe, desto gezielter werden die Empfehlungen. Aber je öfter ich Entscheidungen an die Algorithmen abtrete, desto mehr muss ich von mir verraten, um hinfort zurechtzukommen. Diese «Wandlung des Menschen in Mathematik» macht uns zunehmend berechenbar, denn, so warnt der *FAZ*-Herausgeber Frank Schirrmacher, «wenn ein Algorithmus damit beginnt, Hunderte von Variablen auszuwerten, Interpunktion, Wortkombinationen, Smileys, Signale, und diese mit unzähligen anderen Daten verbindet, legt sich ein Netz der Vorausberechnung, des Determinismus über die Handlungen der Menschen.»

Maßgeschneiderte Treffer

Noch ist das Prognose, nicht Wirklichkeit. Doch Software hat bereits großen Einfluss darauf, was unsere Aufmerksamkeit bekommt. Immer mehr Teenager und Jugendliche lesen – wenn überhaupt – nur Nachrichten, die sie in ihrem Facebook-Feed finden. Und dass es psychologisch schwieriger ist, bei einem langen und komplexen, aber wichtigen Bericht über den Bürgerkrieg in Syrien «Gefällt mir» zu klicken als bei einem unterhaltsamen Video über ein knuffiges Eisbär-Baby, leuchtet unmittelbar ein. Wer Artikel vorwiegend aus einer politischen Richtung liest, riskiert, bald eine Nachrichtenlage wie in einem Einparteiensystem zu bekommen. Meinungsvielfalt – Fehlanzeige. Diese Entwicklung macht bei Lese- oder Konsumgewohnheiten nicht halt. Schon bald werden im sogenannten Internet der Dinge nicht nur Computer, sondern wird alles miteinander vernetzt sein. Was das für den Menschen bedeutet, bringt der ehemalige Google-Chef Eric Schmidt auf den Punkt: «Wir wissen immer, wo du bist. Wir wissen, wo du warst. Wir wissen mehr oder weniger, was du denkst.» Bald, so Schmidt, werde «der Mensch kaum etwas lesen oder sehen können, was nicht für ihn maßgeschneidert wurde». Und wer uns ausrechnen kann, der kann uns auch steuern – zu seinen Zielen.

Jeppe Rasmussen ist Journalist und Online-Redakteur. Er studierte arabische Sprache in Beirut, Libanon.

Warum sich der Kampf für ein unzensiertes Internet lohnt

Sind wir so frei?

Ein Essay von **Malte Spitz**

Google, Facebook und Amazon – diese drei Megakonzerne stehen heutzutage für viele Menschen stellvertretend für das Internet. Ob Vernetzung, Kommunikation, Unterhaltung oder Dienstleistung – auf den ersten Blick erfährt unser Alltag durch diese schier unendliche Auswahl an Diensten eine enorme Vereinfachung. Aber ein zweiter Blick lohnt zweifelsohne. Was also investieren wir für die digitale Hilfestellung?

Das Internet, wie wir es heute nutzen, wird immer öfter von geschlossenen Plattformen oder sogenannten Marktplätzen aus angesteuert bzw. in mobile Apps integriert. Mit Freiheit hat das allerdings wenig bis gar nichts mehr zu tun. Wir begeben uns vielmehr in geschlossene digitale Ökosysteme, deren programmierte Grenzen nahezu unüberwindbar sind. Diese geschlossenen Ökosysteme werden oft als «walled gardens» bezeichnet: kleine, schön eingezäunte Vorgärten.

Versiegelte Technik

Apple beschreibt dies treffend als «controlled user experience» und richtet seine Produktpolitik gnadenlos darauf aus. Dies ist nicht weniger als die Pervertierung eines zentralen Gedankens: der des freien, also für alle gleichermaßen zugänglichen Internets. Befördert wird dies durch eine zunehmend versiegelte Technik – selber Hand anlegen zu können, schrauben, austauschen oder programmieren wird zur gängigen Ausnahme bei zukünftigen Computern.

Die eigentlichen Datenströme fließen zwar noch über die ursprüngliche Infrastruktur, die dezentral aufgebaut ist. Tatsächlich sollte man sich selber eingestehen, dass es die Algorithmen der Suchmaschinen, die Schutzschranken der App-Stores und die Moralcodices amerikanischer Großunternehmen sind, die uns eine Vielzahl von Entscheidungen gar nicht mehr treffen lassen. Wenn in der Facebook-Zentrale entschieden wird, dass ein Bild mit der nackten Brust einer stillenden Mutter problematischer zu bewerten ist als demonstrativ zur Schau gestellte Hakenkreuze, kann etwas nicht stimmen.

Allmachtsphantasien von Unternehmen

Die vielfältigen Möglichkeiten des Internets, die Pluralität, Freiheit und Kreativität fördern, werden oft aufgrund der Bequemlichkeit einer relevanten Zahl von Nutzerinnen und Nutzern – und sicher auch aufgrund der durchaus existierenden Allmachtsphantasien von Unternehmen und Staaten – geopfert und beerdigt. Die kleine heile Welt, die so vorgespielt wird, mag oftmals lebenswert erscheinen. Wenn Pornografie im App-Store geblockt wird, mag das noch ansatzweise aus Sicht vieler Menschen Sinn machen. Dass dieses Vorgehen aber auch schnell politische Inhalte treffen kann, zeigt, auf welch dünnem Eis man sich hier bewegt. Diese Abwägung muss unsere Gesellschaft aber zeitnah treffen: Ob sie lieber immer stärker die «kontrollierte Nutzerumgebung» à la Apple will, in der vorsortiert und -gefiltert wird. Oder ob man in Kauf nimmt, dass YouPorn gegebenenfalls mit einem Bestätigungsklick jeder und jedem Hunderttausende Sex-Videos zur Verfügung stellt. Selbstredend muss man bei Letzterem primär auf die Vermittlung von Medienkompetenz setzen und über Nutzerrechte und Datenschutz aufklären, um so das selbstbestimmte Nutzen und das Einordnen von Inhalten und Technik im Internet zu gewährleisten.

Eine Flanke für Löschen, Blocken, Filtern

Die Forderung nach einem sauberen oder gerne auch «weißen» Internet, in dem alles klinisch steril ist, wird immer lauter. Niederschlag findet dieses Ansinnen beispielsweise mit dem «CleanIT»-Projekt auf europäischer Ebene.

Die Symbiose aus geschlossenen Plattformen, geschlossener Technik und stark reglementierter unfreier Software führt schnell zum mehr oder weniger selbstverschuldeten Ende der eigenen freien Internetnutzung. Damit liefern Unternehmen letztendlich die Blaupause für viele totalitäre Staaten, die sich so die Technik für immer bessere Filterung aneignen und aus diesem Handeln die Legitimation für das Löschen, Blocken und Filtern von unliebsamen Inhalten ableiten. Wenn Facebook aufgrund seines amerikanischen Werteverständnisses Bilder mit nackten Brüsten aussortiert, warum darf die chinesische Regierung dann nicht auch für sie unbequeme Bilder, die vorgeblich ihren Werten widersprechen, sperren?

Dies sind unterschiedliche Ebenen und der Vergleich hinkt, nackte Haut zu sperren sei etwas anderes, als Bilder des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens aus dem öffentlichen Gedächtnis zu tilgen. Aber auf genau solchen Handlungen fußen die Legitimationsbrücken, die immer öfter in undemokratischen Staaten als Antwort auf nicht genehme Fragen gebaut werden. Politisch nicht

gewollte Inhalte werden so mit staatlichen Mitteln gefiltert.

Google als global verfügbarer und marktbeherrschender Dienst erhält häufig Bitten von staatlichen Stellen, Inhalte zu sperren oder zu löschen oder Daten von Nutzerinnen und Nutzern herauszugeben. Positiv ist, dass die Anzahl solcher Bitten und Anfragen transparent dokumentiert wird. Allerdings wird dem auch häufig Folge geleistet. Dass nicht jede Bitte ausreichend begründet ist und ihr damit gefolgt wird, zeigt die Statistik von 2011. Staatliche ungarische Institutionen stellten insgesamt 154 Anfragen mit dem Ziel, Nutzerdaten zu erhalten. In allen Fällen wurde dies abgelehnt.

China wünscht staatlichen Zugriff

Die Transparenz solcher Löschanfragen darf aber nicht die grundsätzliche Debatte darüber versperren, wie die internationale Verständigung auszusehen hat, die wir brauchen, um ein freies und offenes Internet sicherzustellen. Dabei zeigen gerade Länder wie China eine Art neues Selbstbewusstsein und stellen bisherige Internet-Governance-Strukturen, die von den Vereinten Nationen implementiert wurden, offen in Frage – ob es die Ablehnung der Einbeziehung der Zivilgesellschaft beim Internet-Governance-Forum ist oder der Wunsch nach einem stärkeren staatlichen Zugriff auf das Internet im Rahmen der Internationalen Telecommunications Regulation (ITR), die von der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) im Dezember 2012 in Dubai neu geregelt werden sollen.

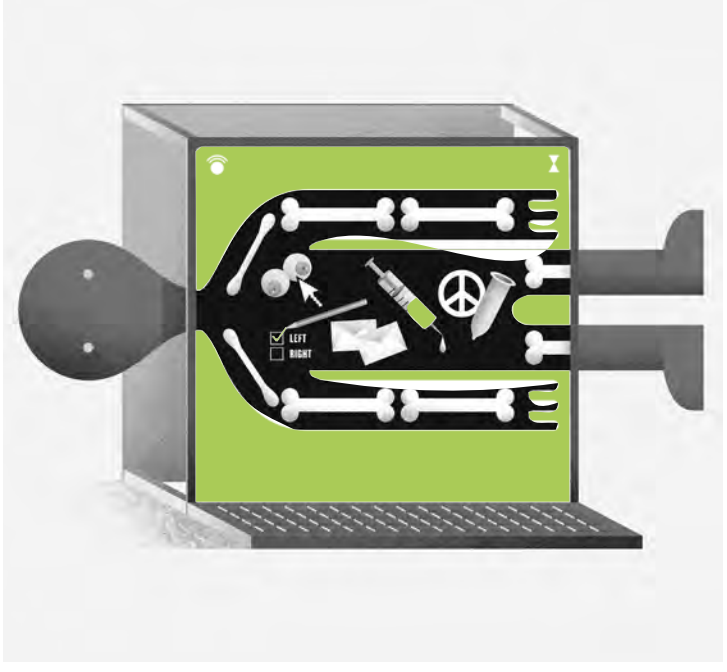


Illustration: Martin Nicolausson

Iran will eigene Strukturen

Dass Länder zunehmend versuchen, sich abzukapseln, eigene Strukturen aufzubauen und somit Inhalte per se nicht zugänglich zu machen, zeigt das Beispiel Iran. Bisher wurde Technik eingesetzt, um Datenübertragungen zu verlangsamen, und sogenanntes «Deep Packet Inspection» (DPI), eine Art der Durchsuchung des gesamten Internetverkehrs, um Inhalte zu sperren oder zu filtern. Als Nächstes soll aber ein eigenständiges iranisches Internet aufgebaut werden, was losgelöst von den internationalen Strukturen und Servern funktionieren soll, um somit jeglichen Zugriff auf ausländische Inhalte zu unterbinden, die heutzutage trotz häufiger Sperrung noch mit technischen Hilfeleistungen wie gesicherten Datenleitungen (VPN) oder Anonymisierungsdiensten wie TOR zu erreichen sind.

Diese Entwicklungen zeigen gleichzeitig, dass sich private und staatliche Überwachung zunehmend verzahnen. Viele Staaten drängen Unternehmen zu einer stärkeren Zusammenarbeit, gerne auch außerhalb der üblichen rechtsstaatlichen Systeme. Wir können diese Entwicklung zum einen in China beobachten, wo westlichen Unternehmen ihre Arbeitserlaubnis entzogen wird, wenn sie bei staatlicher Zensur nicht kooperieren. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass diese Entwicklungen auch in Europa voranschreiten, wo die private Zusammenarbeit zwischen Rechteinhabern und Internetzugangsanbietern, bspw. zum Schutze des Urheberrechts, immer stärker propagiert wird.

Der Kampf für ein freies Internet beginnt zu Hause

Diese Tendenzen sollten ein Warnsignal sein. Aufgrund der neuen Komplexität, die das Internet für bisherige nationalstaatliche Systeme aufwirft, dürfen wir nicht in Versuchung geraten, gewonnene und gelebte rechtsstaatliche Verfahren zu opfern. Der Kampf für ein freiheitliches Internet beginnt damit bei uns zu Hause – und eben nicht nur in China oder Iran. Unbestritten gibt es bei der Reichweite und der Beschneidung der Grundrechte einen eklatanten Unterschied zwischen staatlichen Zensurpraktiken, wie durch die «Great Firewall of China», und den Maßnahmen in Europa. Dies darf uns aber nicht beruhigen oder gar untätig bleiben lassen. Eingriffe in die gewachsene Struktur des Internets sollten uns misstrauisch machen. Der Kampf für die globale Freiheit des Internets ist ein ständiger, ihn anzunehmen lohnt sich. Die Demokratie wird von nun an nicht mehr nur in Parlamenten oder auf der Straße verteidigt.

Malte Spitz ist Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen seit 2006. Die Visualisierung seiner erstrittenen Mobilfunkverkehrsdaten im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung hat 2011 einen Grimme Online Award gewonnen, wie auch den amerikanischen Online Journalism Award. Malte Spitz ist neben seiner parteipolitischen Arbeit in vielen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen national wie international aktiv.

Cyberspace und Sicherheit

Über den Krieg im Netz, den Cyberwar, wird viel geredet. Häufig zu aufgeregt, findet der Potsdamer Völkerrechtler Robin Geiß. Ein Gespräch über das Verhältnis von Wurm und Bombe, das Recht zurückzuschlagen und dessen Grenzen.

«Keine Selbstverteidigung ins Blaue hinein»

Meike Laaff im Gespräch mit **Robin Geiß**

Meike Laaf: Gibt es den Cyberwar schon, den Krieg im Netz?

Robin Geiß: Im völkerrechtlichen Sinne hat es den Krieg oder bewaffneten Konflikt dort so noch nicht gegeben. Die Medien sind zwar voll davon, und es ist auch unbestritten, dass es zahllose Cyber-Operationen zu Spionagezwecken oder zur Wirtschaftsmanipulation zwischen Staaten gibt. Aber die Hürde zu einem bewaffneten Angriff hat bislang zum Glück noch keine Cyber-Operation genommen. Darum würde ich mir im Umgang mit dem Thema Cyberwar ein bisschen mehr Deeskalation wünschen.

Von Deeskalation scheinen zumindest die USA nicht viel zu halten – Verteidigungsminister Leon Panetta warnte jüngst gar vor einem «Cyber-Pearl Harbour». Und offizielle US-Doktrin ist, dass sie auf Cyberattacken auch mit physischen Waffen reagieren wollen. Ist das legitim?

Daran ist zunächst nichts falsch. Die Charta der Vereinten Nationen sagt, dass jeder Staat ein naturgegebenes Recht auf Selbstverteidigung hat. Kein Staat muss Angriffe anderer Staaten oder nichtstaatlicher Akteure ertragen. Und da ist es egal, ob solche Angriffe mit Bomben erfolgen oder ob künftig verheerende Schäden durch Cyber-Operationen verursacht werden.

Aber ist es nicht unverhältnismäßig, auf einen Angriff eines Wurms oder Virus mit einer Bombe zu reagieren?

Die Gegenüberstellung würde ich so nicht machen. Entscheidender sind die Effekte, die solche Operationen haben können. Wenn zum Beispiel mithilfe eines Wurms oder Virus ein Damm geöffnet wird, Wassermassen ein Dorf überschwemmen und Menschen sterben, dann ist das Ergebnis nicht anders, als hätte man mit einer Bombe angegriffen. Eine Cyber-Operation, die dem Effekt einer Bombe gleichkommt, kann als bewaffneter Angriff im Sinne der UN-Charta klassifiziert werden. Das ist Konsens bei Völkerrechtlern, und auch die Staaten sind sich darin einig. Das Problem ist aber: Im Cyberspace gibt es sehr viele Operationen, die unterhalb dieser sehr offensichtlichen Schwelle der Gewalt liegen, aber auch verheerende Auswirkungen haben können. Wenn eine Cyber-Operation etwa an der Frankfurter Börse Chaos verursacht, ist der wirtschaftliche Schaden enorm. Wie man im Falle solcher Szenarien reagiert, darüber wird derzeit viel gestritten.

Der Schadsoftware Stuxnet ist es 2010 gelungen, eine iranische Atomanlage zu sabotieren. Das zählt auch nicht als Cyberwar-Angriff?

Stuxnet war der bislang zerstörerischste Angriff, mit tatsächlichen Auswirkungen in der realen Welt – jedenfalls von denen, die öffentlich bekannt sind. Aber Stuxnet hat einige hundert Zentrifugen in die Brüche gehen lassen – das ist, was die rein physische Zerstörung angeht, ja ein durchaus überschaubarer Effekt. Hinzu kommt: Kein Staat, auch nicht der Iran, hat Stuxnet einen bewaffneten Angriff genannt. Ich glaube, dass hochentwickelte staatliche Militärs in der Lage sind, viel erheblichere Cyberangriffe durchzuführen. Szenarien für Angriffe auf Chemiewerke und Dämme werden in den USA oder in Israel realistisch beschrieben. Daher ist es sinnvoll und wichtig, sich schon heute gedanklich damit zu beschäftigen,

auch mit den humanitären Auswirkungen. Allerdings ohne dabei in Alarmismus zu verfallen. Denn gesehen haben wir derartige Angriffe noch nicht. Und ich glaube auch nicht, dass das sehr wahrscheinlich ist.

Warum nicht?

Offenbar sind die Staaten in ihrer Infrastruktur so weit abgesichert, dass Derartiges nicht alltäglich ist und dass zumindest nicht jeder nichtstaatliche Terrorakteur solche Operationen ohne Weiteres durchführen kann. Stuxnet war hochkomplex. Ob jetzt die USA, Israel oder beide dahinterstanden, ganz genau weiß man das nicht – klar ist aber, dass es sehr viel Zeit und Ressourcen in Anspruch genommen hat, diese Schadsoftware zu entwickeln.

Bei Stuxnet hat es zwei Jahre gedauert, bis einigermaßen klar war, wer dahintersteckt. Das ist ein generelles Problem bei Cyberattacken. Ist das bei der Rechtfertigung von Gegenschlägen nicht hochproblematisch?

Ja, ist es. Den Rechner, von dem ein Angriff ausgeht, wird man vielleicht noch identifizieren können. Dann weiß man aber noch nicht, wer an der Tastatur saß und ob dieser Rechner nicht ferngesteuert war, was für militärische Experten überhaupt kein Problem darstellt. Man kann nicht ausschließen, dass auch im Cyberspace, etwa mit zusätzlichem Geheimdienstmaterial, so ein Angriff mal nachweisbar und klar zuzuordnen ist. Aber wir müssen dringend darüber reden, dass das meist nicht der Fall sein wird. Zumindest nicht verlässlich in dem engen Zeitfenster für eine Selbstverteidigung nach dem Völkerrecht. Die erlaubt nur, sich gegen einen akuten Angriff zu verteidigen und nicht, irgendjemanden zwei Jahre später zu bestrafen.

Und was bedeutet das konkret?

Die klare Aussage, die zumindest ich daraus folgere, ist, dass die Staaten nicht auf jeden Cyberangriff, der womöglich die Schwelle eines bewaffneten Angriffs erreicht, ohne Weiteres mit dem militärischen Recht auf Selbstverteidigung werden antworten können. Das ist keine Botschaft, die den Ländern gut gefällt. Aber sie brauchen nach dem Völkerrecht eine klare Beweislage, wem ein Angriff letztlich zuzurechnen ist. Also nicht nur, von welchem Staat er ausging, sondern welcher Staat ihn tatsächlich initiiert hat.

Spielt es für das Völkerrecht eine Rolle, ob es sich um einen staatlichen Auftragshack handelt oder um Terroristen oder Einzeltäter?

Ganz entscheidend. Wenn es nur einzelne Hacker sind, die aus kriminellen oder wirtschaftlichen Motiven gehandelt haben, dann sind wir nicht in der Dimension des Kriegsvölkerrechts. Das wäre mit Polizeirecht zu ahnden. Aber auch hier ist es sehr schwer zu unterscheiden, war das jetzt ein privater Akteur, ein staatlicher oder ist das im staatlichen Auftrag erfolgt. Im Cyberspace lässt sich vieles leicht manipulieren. Insbesondere Militärs und Geheimdienste sind mittlerweile Experten darin, die Herkunft eines Angriffs zu verschleiern. Hier stößt das Recht an seine Grenzen. Trotzdem: Ein Selbstverteidigungsrecht ins Blaue hinein darf es nicht geben.

Aber in diese Richtung ging es bei einer Cyberwar-Konferenz 2011 in Estland. Dort wurde diskutiert, ob eine 75-prozentige Gewissheit, wo ein Angriff herkommt, Selbstverteidigung legitimieren könnte.

Dagegen spreche ich mich ganz entschieden aus. Dadurch würden die engen Grenzen einer militärischen Selbstverteidigung erheblich ausgeweitet. Das kann keine friedenserhaltende Lösung für die Zukunft sein. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die Diskussion insgesamt von der militärischen Selbstverteidigung wegkommt – und mehr über Kooperationsmechanismen gesprochen wird. Das wird schwierig sein, ist aber über kurz oder lang der einzige Weg, um Zwischenfälle von vornherein zu entschärfen. Sie wissen in vielen Fällen nicht, ob Sie es mit einem technischen Problem zu tun haben oder mit einem maliziösen Cyberangriff. Wenn zum Beispiel ein Stromnetz oder die Telekommunikation zusammenbricht, wäre es doch gut, wenn die Staaten Kooperationsmechanismen installiert hätten, über die man sich schnell miteinander verständigen kann. Um zu eruieren, was genau da eigentlich gerade das Problem ist, bevor ein Land auf sein Selbstverteidigungsrecht pocht.

«Ich merke, dass sich bei den Staaten nach und nach die Einsicht durchsetzt, dass viele Probleme im globalen und total vernetzten Cyberspace nur durch Kooperation zu lösen sein werden.»

Gibt es dafür Ansätze?

Für meine Begriffe noch zu wenig. Ich merke aber doch, dass sich bei den Staaten nach und nach die Einsicht durchsetzt, dass viele Probleme im globalen und total vernetzten Cyberspace nur durch bessere Kooperation zu lösen sein werden. Schließlich haben alle Staaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Funktionsfähigkeit des Cyberspaces. Langfristig könnte sich ein Mechanismus etablieren, mit dem friedensbedrohende Angriffe systematisch nachvollzogen werden könnten und die Staatengemeinschaft den, der dahinter steckt, sanktioniert. Das sind aber Träume eines Völkerrechtlers.

Foto: privat

Robin Geiß ist Professor für Völkerrecht an der Universität Potsdam. Er arbeitete als Experte mit am sogenannten «Tallinn-Handbuch», in dem eine internationale Expertengruppe am Cyber-Abwehrzentrum der NATO die Anwendbarkeit des Völkerrechts auf Cyberwar-Vorfälle erörtert hat. Zuvor war er beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Genf tätig.

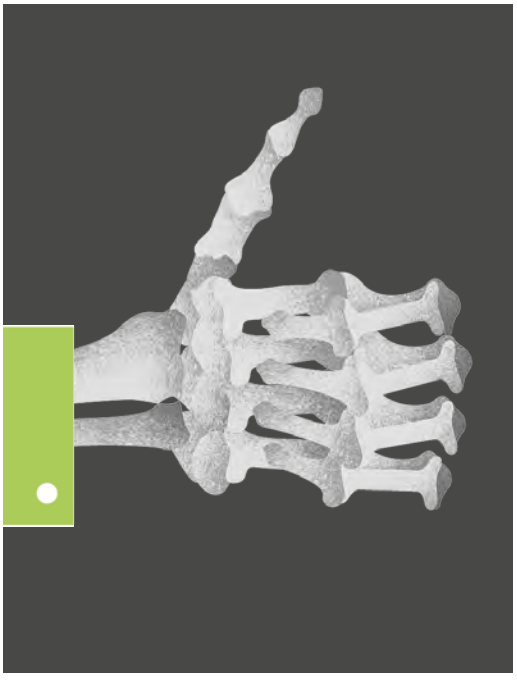
Meike Laaff ist Redakteurin der tageszeitung (taz) im Ressort taz2/Medien. Dort schreibt sie vor allem über Internetthemen.

Anonymität im Netz

Wer sind wir – und wie sehr müssen wir sein?

Ein Kommentar von **Falk Lüke**

Anonymität, Pseudonymität und Identität sind Streitpunkte der Digitalisierung. Wann sollen wir als Personen kenntlich sein, gegenüber wem – und unter welchen Voraussetzungen? Strafverfolger, Privatfirmen und Menschenrechtsaktivisten sind zerstritten. Worüber eigentlich?



Wenn wir in einem fremden Ort in einen Laden gehen, dort einkaufen und bar bezahlen, war «jemand» da und hat keine bleibenden Spuren hinterlassen. Vielleicht erinnert sich noch jemand an Ihr Gesicht, vielleicht erinnert sich noch jemand an die Farbe Ihrer Hose. Aber die Wahrscheinlichkeit ist gering, dass man diese Information mit Ihnen noch einmal verknüpfen, also einen Bezug zu Ihnen herstellen wird. Wir sind weitgehend anonym. Besuchen wir einen Onlineshop, sieht das Ganze etwas anders aus. Wir surfen mit einer Identifikationsnummer im Netz herum, der sogenannten IP-Adresse. Unser Rechner lässt sich anhand sogenannter Cookies identifizieren. Beim Bestellvorgang müssen wir eine Lieferadresse oder wenigstens eine Rechnungsadresse hinterlassen. Wir ziehen eine breite Datenspur mit uns durch das Netz, und oft sind wir im angeblich so anonymen Netz das genaue Gegenteil: Wir sind identifizierbarer, als uns lieb sein kann.

Will sagen, absolute Anonymität ist ein Zustand wie eine vollkommende Identität: rein theoretisch. Identität heißt: Wir sind identifizierbar. Wenn aber ein Peter Müller und ein Joseph Fischer miteinander diskutieren, dann wissen wir noch nicht, welcher Peter und welcher Joseph. Wir benötigen zusätzliche Informationen, zusätzliche Relationen. Erst die Herstellung solcher Querbezüge schafft in unserer Wahrnehmung Identität und hebt den Zwischenzustand der Pseudonymität auf. Warum also die Aufregung? Warum der Streit darüber, wann wir weitgehend anonym, wann wir pseudonym und wann wir identifizierbar sein müssen?

Nun könnte man argumentieren: Es kommt auf den Kontext an. Aber macht es mehr als einen gefühlten Unterschied, ob der Autor dieses Textes Ignaz Wrobel oder Peter Lustig heißt? Die wichtigste Funktion von Pseudonymen bis hin zur Anonymität ist ihr Schutz. Die – relative – Nichtidentifizierbarkeit ermöglicht uns, Dinge zu äußern und zu tun, ohne mit ihnen direkt in Verbindung gebracht zu werden. Wir können unsere Identität mit einem Pseudonym um zusätzliche Facetten erweitern, die sonst verborgen blieben. Wenn sich Spitzenpolitiker in Jeans und mit Mütze in die S-Bahn setzen, fallen sie niemandem mehr als die auf, die sie sind. Wenn sich Internetnutzer eines Pseudonyms bedienen, können sie nicht nur in undemokratischen Staaten das sagen, was sie meinen – auch wenn das zuweilen erschreckend ist.

Auch private Akteure wie Facebook und Google versuchen sich als «Identitätsnachweisanbieter», wollten in der Vergangenheit durchsetzen, dass ihre Nutzer nur noch echte Namen verwenden – nicht einmal Pseudonyme sollten mehr zugelassen sein. Und auch Politiker verschiedenster Couleur wettern gern gegen das, was aus dem Netz – vorgeblich vollkommen anonym – kommt. Wir stehen an einem Scheideweg: Wollen wir ein Netz, das demokratisch gebaut ist – und der Demokratie daher auch schaden kann? Oder wollen wir ein Netz, das Demokratie erlaubt, aber nicht als Bedingung in sich trägt? Wenn das Netz nicht viel vergisst, und das scheint technisch zuzutreffen, dann sollte sich eine Gesellschaft auch weiterhin ein Höchstmaß an freier Meinungsäußerung erhalten und Nichtidentifizierbarkeit aktiv fördern, statt diese zu bekämpfen. In einem Rechtstaat sollte dies für Bürger uneingeschränkt gelten – und gegenüber dem Staat zumindest im Regelfall. Nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Anonymität ist das, was einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft gut zu Gesicht steht.

Illustration: Martin Nicolausson

Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema «Demokratie und digitale Medien»

Beteiligung in der digitalen Gesellschaft

Im Jahr 2013 legen wir einen unserer Schwerpunkte auf die Frage, wie sich Politik und Kultur durch den digitalen Wandel verändern. Nicht erst seit dem Aufstieg der Piratenpartei, sondern bereits in den vielfältigen Bürgerprotesten der letzten Jahre zeigt sich die Wirkmacht digitaler Medien. Das Internet ist weltweit zum Kommunikationsraum für einen neuen politischen Aktivismus geworden. Vielen Engagierten, wie etwa Menschenrechtsaktivist/innen, ermöglicht das Netz eine globale Sichtbarkeit. Aber die Immaterialität und die Reproduzierbarkeit der digitalen Welt haben auch weitreichende Konsequenzen für Urheber- und Eigentumsrechte wie für kulturelle Teilhabe. Bei alledem handelt es sich um ambivalente Prozesse, die nach genauerer Betrachtung verlangen.

Wir werden 2013 die Möglichkeiten und Grenzen digitaler Beteiligungsformen in politischen Prozessen ins Visier nehmen – etwa in Planungs- oder Gesetzgebungsverfahren. Dabei liegt unser Augenmerk auch auf dem Postulat der Transparenz und der Informationsfreiheit. Im kulturpolitischen Bereich geht es um neue Formen der «Aktionskunst» sowie die Frage der Kulturfinanzierung.

Wir starten 2013 mit der internationalen Konferenz «Mobilize! Menschenrechte, Beteiligung, Aktivismus, Internet» (21.–24. März 2013) und einem Symposium «Doing Nerd» (20. April 2013) im Kontext der Ausstellung «Die Irregulären». Hinzu kommt die Publikation «Das Internet in gesellschaftlichen Transformationsprozessen» (erscheint im Mai 2013 zur re:publica), die öffentliche Reihe «Digitale Konzepte» sowie eine Reihe von Werkstattgesprächen. Darüber hinaus werden etablierte Kooperationen mit der BITKOM, re:publica oder der FoeBuD (Big-Brother-Award) fortgeführt.

Mehr Infos ab Frühjahr 2013 unter www.boell.de/veranstaltungen

Publikationen

Diskurs mit den Piraten. Eine sprachbasierte Lageanalyse und Empfehlungen zu einer Diskursstrategie

Von Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012
Nur als E-Paper!
Download: www.boell.de/publikationen

Öffentlichkeit im Wandel – Medien, Internet, Journalismus

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zu Bildung und Kultur, Band 11
Berlin 2012, 152 Seiten
Download unter www.boell.de/demokratie/netz

Bürgerrechte in China im digitalen Zeitalter – Analysen und Kommentare

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2012, 20 Seiten
Nur als E-Paper! Download unter www.boell.de/demokratie/netz

Videodokumentationen

Netzregeln 2012: Transparenz und Vertrauen

Debatten einer Tagung in Kooperation mit BITKOM zu Transparenz in der Gesetzgebung, in Wirtschaft und Verwaltung.
Livestream www.boell.de/mediathek

Netzpolitik und Netzkultur aus internationaler Sicht

Beiträge und Kommentare unter
www.boell.de/demokratie/netz.html

Politisches Viral des Jahres

Wir vergeben im Rahmen des Internationalen Kurzfilmfestivals Berlin den Viral Video Award für den besten viralen Video in der Kategorie «politisches Viral». Den Preisträger 2012 sehen Sie unter www.viralvideoaward.com/

Zuletzt erschienen

Die Ausgaben 2/12 und 4/11 sind als Printversionen vergriffen. Download unter www.boell.de/thema

2/12
Digitale Demokratie

1/12
Grüne Ökonomie – Was uns die Natur wert ist

4/11
Zur Zukunft Europas

Böll.Thema 3/12
Grenzenlos vernetzt –
Chancen und Risiken für die Demokratie

«Immer mehr Bürgerinnen und Bürger nutzen das Netz, um sich aktiv in die Politikgestaltung einzumischen. Heute kann jeder ein Manifest, einen offenen Brief oder ein Protestschrei ben einem potenziell unendlich großen Publikum bereitstellen. Durch das Internet haben wir unmittelbaren Zugang zu nahezu allen Informationen. Leaks, Echtzeitübertragungen und Pres semitteilungen machen uns weniger von den Interpretationen der Medien abhängig, wir können uns unser eigenes Bild ma chen. Die spezielle Macht des Internets zur Vernetzung und Vervielfältigung gesellschaftlicher Kritik ermöglicht es einem diversifizierten Publikum, zusammenzukommen und auf ge meinsamer Grundlage zu debattieren.»
Kirsten Fiedler, Advocacy Manager bei der NGO European Digital Rights (EDRi.org).

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.
Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 29 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de